

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Für eine bäuerliche Gesellschaft

Foto: Krehmer

Bäuerliche Zukunft

Agrarpolitik muss auch nach den Wahlen bäuerlichen Betrieben vernünftige Rahmenbedingungen zum Wirtschaften bieten und Tier- und Umweltschutz ernst nehmen. Dazu der Kommentar auf Seite 2 und der Schwerpunkt auf den Seiten 11 bis 14.

Tierhaltung

In NRW dürfen männliche Legehennenküken nicht mehr getötet werden, echter Fortschritt oder Beförderung des Kükentourismus? Und was befördert eigentlich die Initiative Tierwohl, mit der sich der Bauernverband profilieren will? Auf den Seiten 5 und 10.

International

Bäuerliche Landwirtschaft ist das Zukunftsmodell weltweit, das machen auch Projekte mit Kleinbauern in Brasilien und Mosambik deutlich. Und wenn sogar die UNO sich dafür stark macht und die Städter anfangen zu gärtner... auf den Seiten 11, 16, 17.

Die Seite 3

Klimawandel vor Ort 3

Agrarpolitik

Brandenburger Weg in die Zukunft 4

Die Vernetzung der Welt 4

Mit Essen spielt man nicht 6

Tierhaltung

Kükentöten strafbar. 5

Absichtserklärung für Ablass 10

Milch

Viel Bewegung im Milchsektor. 7

Bewegung

Moderne Agrarpolitik? 8

Schwerpunkt

Wohin des Wegs mit der Agrarkultur? 11

Agrarpolitik bleibt Thema für viele 11

Wahlnachlese: Die Zivilgesellschaft muss es richten 12

Bäuerlich für Bayern und die Welt 13

Essen aus dem Agroparc oder vom Bauern. 14

Nachbau

Saatgutrecht erstmals im Parlament debattiert. 15

Aus fernen Ländern

Kleinbäuerliche Landwirtschaft im Süden Brasiliens. 16

Soja als Erfolgsmodell in Afrika? 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Uwe Schreiber und Barbara Schilling, Seite 9;
Landleben Seite 19; Lesen Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Nach der Wahl ist vor der Wahl! - Dabei ist es ärgerlich, dass Schwarze und Grüne bisher nicht den Mut zu Koalitionsverhandlungen finden. Grade in den Konfliktlinien der fortschrittlichen bäuerlichen Themen könnten durch die Hitze der politischen Reibung für die Gesellschaft wirksame Lösungen entstehen. Schließlich gibt es einiges zu gestalten: Die EU Agrarreform hat wegen der bisherigen Verhinderungspolitik der alten Bundesregierung vieles in die nationale Entscheidung gelegt: Umverteilung der Direktzahlungen zugunsten der ersten Hektare der kleineren Betriebe, als Ausstieg aus einer linearen Verteilung des Geldes nur nach Fläche; Obergrenze und Degression; die Umwidmung von Geld aus der Ersten Säule der Direktzahlung in die zweite Säule der ländlichen Entwicklung. Mit einem wirksamen Gestalten des Greenings und den Bausteinen der Ersten Säule ließen sich die Interessen der Landwirte und der Umwelt zusammenbringen. Die Gesellschaft will solche Veränderungen in der Agrarpolitik. Bei der Milch geht die derzeitige Quotenregelung zu Ende. Aber keine Marktregeln zu



Kommentar

Die Gesellschaft ist viel weiter

haben, birgt ruinöse Risiken für die einzelnen Erzeuger. Wir müssen aus dem, was Brüssel an zarten Vorlagen für Markt Bündelung liefert eine Perspektive entwickeln und vorantreiben. Die Stärkung der Marktposition der Erzeuger gilt es einzufordern und umzusetzen, nicht nur bei Milch, sondern auch in anderen Märkten, wie z.B. dem Schweinesektor. Die sogenannten Marktpartner wollen genau das verhindern. Die Debatte um Tierhaltung und Fleischerzeugung läuft quer durch die Gesellschaft. Für uns kommt es darauf an, dass die neue Regierung nicht in erster Linie mit neuen Verordnungen und Gesetzen hinterher dackelt, um Aktivismus zu vermitteln. Es kann nicht gegen, sondern nur mit den Bauern gehen. Dafür müssen Bauern raus aus der ewig eingeredeten Haltung: „Wir erklären, was alles nicht geht.“ Wir Bauern sind innovativ, lassen uns auf tragfähige neue Wege ein. Wenn ein Stallsystem, selbst durch viele nachgeschobene Gestaltungsbausteine am Ende nur suboptimale Lösungen liefert, dann wird man sie nur für eine Übergangszeit nutzen können. Es bedarf eines deutlichen Signals, dass wir andere Stallsysteme brauchen. Die Initiative Tierwohl ist eine zwangsläufige Reaktion auf das Wegducken von Politik. Hier wird ein anonymes Maßnahmenpaket organisiert, in dem Bauern in ein diffuses Bonussystem rein erzeugen und die Boni letztlich selber bezahlen. Die Kosten höherer Tierwohlanforderungen werden wohl kaum gedeckt und der Verbraucher weiß nicht mehr woher das Fleisch auf seinem Teller stammt. Der Gesetzgeber kommt nicht umhin ein wirksames, einfaches und nachvollziehbares Labellsystem für tierische Produkte auf die Spur zu setzen. Im Bau- und Immissionsrecht wollen die Gemeinden Regeln, damit weder ihre Entwicklung noch die bäuerlicher Betriebe verbaut werden und eine kommunale Mitgestaltung bei industriellen Tieranlagen endlich sichergestellt wird.

Bei der anstehenden Weiterentwicklung des EEGs geht es für uns um elementare Chancen. In den letzten Jahrzehnten hat sich das Land als innovativer Entwicklungsraum der dezentralen Energieerzeugung etabliert. Es muss aber auch endlich aus den Fehlentwicklungen gelernt werden. So ist Mut zur laufenden wirksamen Anpassung der Vergütungssätze unverzichtbar. Gleichzeitig muss anerkannt werden was das Land alles zu bieten hat bei der Entwicklung von Speichern, bedarfsgerechter Erzeugung, intelligenten Netzen bis hin zu dezentralen Energiegenossenschaften. Bringen wir uns ein und sorgen für Rahmenbedingungen, die eine Zusammenarbeit zwischen den Betrieben und in den Dörfern befördert! Freihandelsabkommen sind getragen von der Logik, dass Export immer gut und wichtig ist. Aber wenn nun eines mit den USA als trojanisches Pferd zur Durchsetzung von einem Abbau von Verbraucherstandards durch die Hintertür angeschoben wird, können wir das nicht akzeptieren. Datenschutzverlust, mehr Rechte für internationale Konzerne, Gentechnik, Chlorhuhn und Klonfleisch bedrohen die bäuerliche Landwirtschaft in Europa. Nun gilt es die neue Bundesregierung auf den richtigen Pfad zu schieben, jenseits aller Lyrik im Koalitionsvertrag. Den Rückhalt der Gesellschaft für unsere Politik haben wir heute mehr denn je. Bündeln wir unsere Kräfte.

Bernd Voß, Maria Heubuch

Bundesvorsitzende Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Zum Titelbild

Regelmäßig holen Andreas und Jonathan Gruhl viele Menschen auf ihren Hof im baden-württembergischen Owen wie hier bei der Aktion „Zukunft säen.“ Der Biolandbetrieb hat sich der Vielfalt verschrieben, baut neben Obst, Getreide, Kartoffeln, Möhren auch Linsen an. Fotografiert hat unseren Titel diesmal die Biolandberaterin Anja Kirchner.

Klimawandel vor Ort

Anpassungsmaßnahmen an ändernde Klimabedingungen müssen in den Regionen entstehen

Der neueste Bericht des Weltklimarates IPCC, der im Oktober 2013 vorgelegt wurde, bestätigt in seiner Substanz die Unausweichlichkeit des Klimawandels. Das Ziel internationaler Klimapolitik, die globale Erwärmung möglichst auf zwei Grad zu begrenzen, ist kaum noch realistisch. Klar ist: Wir werden mit den Folgen umgehen müssen. Vermeidbar sind sie nicht mehr, allein das Ausmaß und die Intensität können noch eingegrenzt werden, mit erheblichen Anstrengungen im Klimaschutz. Anpassung ist daher angezeigt. Das gilt auch in unseren Breiten, die im Vergleich zu anderen Regionen der Erde nicht zu den stark Betroffenen gehören. Neben den durchschnittlichen Veränderungen der Niederschlagsmenge und -verteilung und der Temperatur ist mit der Zunahme von Wetterextremen wie Starkregen oder Trockenheit zu rechnen. Was ist zu tun? Die deutsche Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels und der dazugehörige Aktionsplan – beide wurden auf Bundesebene definiert – identifizieren die Regionen als die Ebene im politischen Mehrebenensystem für Klimaanpassung. Zum einen treten Wetter- und Witterungsphänomene in lokal sehr unterschiedlicher Ausprägung auf. Zum anderen sind die Voraussetzungen in den Regionen deutlich verschieden: naturräumlich, aber auch hinsichtlich sozialer und wirtschaftlicher Merkmale. Die vielfältigen Situationen vor Ort ergeben angesichts der erwarteten Klimawandelfol-

gen spezifische Betroffenheiten, auf die angemessen reagiert werden muss. Menschen und Entscheidungsträger vor Ort kennen ihre Böden, sie wissen, wo im Fall von Sturm exponierte Lagen sind, wo Hochwasser Siedlungen bedroht. Sie sind am besten in der Lage, zur Vorsorge passgenaue Maßnahmen zu definieren, die von den regionalen Akteuren akzeptiert werden. Und Akzeptanz ist – das ist Konsens der Klimaanpassungspolitik – eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit von Maßnahmen.

Energiepflanzen in Nordhessen

Was das konkret heißen kann, wird an einem Beispiel aus dem Projekt KLIMZUG in Nordhessen, eine der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Modellregionen, deutlich: Im Energiepflanzenanbau ist der Mais nach wie vor von zentraler Bedeutung. Er wird noch immer in erheblichem Umfang auf herkömmliche Weise nach Winterbrache angebaut. Mais ist wegen der weiten Reihenabstände und des späten Reihenschlusses im späten Frühjahr relativ lange anfällig für Bodenerosion und die Auswaschung von Nährstoffen. Betrachtet man diese Situation hinsichtlich der erwarteten Klimawandelfolgen fällt auf: Zunehmender Starkregen kann das Risiko von Bodenabtrag steigern. Zunehmende Extremereignisse wie Hagel oder extreme Trockenheit sind in der Lage, empfindliche Ernteinbußen zu verursachen. Zu schützen

sind somit zum einen der Boden und das Wasser, zum anderen der Geldbeutel des Landwirts. Denn wenn dieser verstärkt mit Ernteaussfällen zu rechnen hat, gilt es, das Risiko zu verringern oder zu streuen.

Von KLIMZUG-Nordhessen wurde als eine Lösung ein Zweikulturnutzungsverfahren zur Erzeugung von Energiepflanzen konzipiert. Sommerung und Winterung werden als Ganzpflanzen energetisch verwertet. So wird das Risiko von Ernteaussfällen durch die zweifache Ernte gestreut. Der Boden ist ganzjährig bedeckt und somit bestmöglich geschützt, ganzjähriger Nährstoffentzug ist sichergestellt. Der Anbau von trockenresistenteren Arten wie Hirse oder Sonnenblumen kann zudem ermöglichen, die Erträge vor Ernteaussfällen zu schützen. Wesentlich ist dabei die Sicherung der Erträge, denn ohne wirtschaftlich überzeugendes Ergebnis sind die Umsetzungsperspektiven des Anbauverfahrens nicht gegeben. Dieses überzeugende Konzept als Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel muss regional umgesetzt werden. Wir erinnern uns: regionale Probleme finden zur Klimaanpassung eine regionale Lösung. So einfach ist es aber nicht. Allein eine gute Lösung genügt nicht, um den erprobten Anbau von Mais zu ergänzen oder zu ersetzen. Dazu ist Steuerung erforderlich.

Wie effektiv steuern?

Der Blick auf die Instrumente, die in den Landkreisen zur Verfügung stehen, um regionales Handeln – im konkreten Fall das von Landwirten zum Schutz vor Erosion und Gewässergüte - zu steuern, ist beschränkt. Fachrecht, Cross Compliance, Maßnahmen der zweiten Säule, all diese Instrumente sind auf das Problemfeld gerichtet und wirken in der Region. Sie entsprechen den Anforderungen an Klimawandelhandeln aber in zweierlei Hinsicht nicht: ihre regionale Auflösung ist grob und kann regionale Spezifika und Besonderheiten gerade nicht berücksichtigen. Zudem werden diese Maßnahmen maßgeblich auf Landes-, auf Bundes- oder europäischer Ebene definiert. Sie bilden somit weder die regionale Expertise ab, noch sind sie mit den Anforderungen Passgenauigkeit, regionale Verantwortung und Akzeptanz direkt konform. Der Anspruch, Klimaanpassung regional zu definieren und zu verantworten, ist somit in der Rolle der Region im politischen Mehrebenensystem nicht abgebildet. Bisher nicht. Regionales Handeln ist aber dennoch



Mais: Anfällig für Erosion

Foto: Graß

möglich. Beratung und Bildung der ländlichen Bevölkerung liegen nach wie vor in der Verantwortung der Region. Diese Instrumente zur Steuerung von Handeln sind zwar weich und nicht bindend. Sie entsprechen aber den oben genannten Anforderungen der Klimaanpassung. Im konkreten Projektbeispiel Nordhessens wurden sie genutzt, um Klimaanpassungsmaßnahmen in der Region vorzustellen und zu bewerben. Bei dem Prozess der Konzeptionierung und Erarbeitung dieser Beratungsmaßnahme wurde darauf geachtet, die betroffenen Fachperspektiven einzubeziehen und gemeinsam eine Lösung zu suchen: auf der Seite der Landkreise beteiligten sich Landwirtschaft, Wasser- und Bodenschutz, Naturschutz. Auf der Seite der Wissenschaft neben den Agrarwissenschaften die Rechtswissenschaften. Dieser Gruppe gelang es – trotz der bestehenden Konfliktlinien in dem etablierten Problemfeld Erosion und Wasserschutz – eine integrierte Sichtweise zu entwickeln und ein gemeinsames Ergebnis zu erzielen. Insofern liegt in dem Klimawandel nicht nur eine Bedrohung, sondern auch eine Chance. Diese kann darin bestehen, dass die Kompetenzen der Region als verantwortliche Ebene gestärkt werden. Zudem kann sie darin liegen, durch erhöhten Handlungsdruck verkrustete Strukturen und Problemlagen aufzubrechen. Das allerdings erfordert den Aufbau von unterstützenden Strukturen, die über Projektinitiativen wie KLIMZUG-Nordhessen hinaus dauerhaft Bestand haben. Nicht zu vergessen ist dabei – die beste Anpassung kann und darf kein Alibi sein, den Klimaschutz zu vernachlässigen.

Christian Henschke und Rüdiger Graß, Universität Kassel, Gesamtkoordination und Koordination Landwirtschaft KLIMZUG-Nordhessen



Klimawandelfolgen durch Vernetzung vor Ort angehen

Foto: Molnar

Schein-Genossenschaften

Im Zuge eines Generationswechsels gibt es immer mehr neue Manager in den ostdeutschen „Agrargenossenschaften“, die aus den LPGen der DDR hervorgingen und die heute zum erheblichen Teil Lohnarbeitsbetriebe sind. Lobymäßig vertreten werden sie vom Deutschen Raiffeisenverband. Dessen Präsident Manfred Nüssel beklagte kürzlich in einem Interview mit der *Bauernzeitung*, dass die neuen Genossenschafts-Entscheider „vielfach nicht mehr die enge Bindung zum Eigentum“ und zu „ihrer Genossenschaft“ hätten. Sie hätten zudem ihren Arbeitsplatz nicht im Betrieb, daher stehe für sie der „finanzielle Aspekt im Vordergrund“. Nüssel räumte ein, dass immer wieder Vorstände und Aufsichtsräte für den Verkauf an einen Investor stimmten und „Kasse machten“. en

Brandenburger Weg in die Zukunft

Welche Weichenstellungen für die Agrarpolitik folgern aus den Erkenntnissen über die Fehler der Vergangenheit?

Eine Auseinandersetzung mit dem Zustandekommen der Agrarstruktur in Ostdeutschland hat bei uns bislang nur in begrenztem Rahmen stattgefunden. Durch die Einrichtung einer Enquetekommission im brandenburgischen Landtag zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in der auch die Landwirtschaft ein Themenfeld war, bekam die Debatte einen offiziellen Charakter und nicht wenig mediale Öffentlichkeit. Brandenburg, so sieht es Axel Vogel, grüner Landtagsabgeordneter und Mitglied der Enquetekommission, hatte eine Vorreiterrolle in Sachen Agrarstrukturentwicklung, maßgeblich geprägt durch den ersten Nachwendelandwirtschaftsminister Edwin Zimmermann (SPD) und die danach folgende parteiliche Ministerkontinuität. Zimmermann propagierte den „Brandenburger Weg“ als Modell zum Erhalt der agrarindustriellen Großbetriebe und setzte ihn auch maßgeblich durch. Inzwischen ist durch wissenschaftliche Gutachten, vor allem die des Juristen Walter Bayer, deutlich geworden, dass kaum eine Umwandlung der ehemaligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in genossenschaftliche Betriebe ohne Fehler vollzogen wurde. Elf Prozent der Rechtsnachfolger hätten sogar aufgelöst werden müssen. Die Namen der Betriebe sind, nachdem das Landwirtschaftsministerium keine Handlungsmöglichkeiten deklamiert hatte, beim Oberlandesgericht gelandet. Dies prüft nun das weitere juristische Vorgehen. Die Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE),

die in der DDR zwangskollektivierte und enteignete Landwirte und Neubauern vertritt, möchte zudem erreichen, dass die EU-Kommission prüft, wie damit umgegangen werden soll, dass nicht rechtmäßig entstandene Betriebe zum Teil erhebliche Summen an Agrarsubventionen erhalten haben. ARE-Bundeschef Manfred Graf von Schwerin wird von den *Potsdamer Neuesten Nachrichten* mit dem Satz zitiert, es sei nur darum gegangen, die industriellen Agrarstrukturen aus der DDR zu bewahren. Dabei sollte von Gesetzes wegen ursprünglich durch die Umwandlung der LPG-Betriebe „eine vielfältig strukturierte Landwirtschaft“ und Privateigentum im Osten wiederhergestellt werden. Auch die AbL in Mecklenburg-Vorpommern fordert „endlich eine rechtlich seriöse Bearbeitung der endgültig gescheiterten LPG-Umwandlungen“, so Bauer Helmut Precht aus dem Landesvorstand. Dort hätten 15 Prozent der Betriebe eigentlich aufgelöst werden müssen.

Frappierender Wandel

Entscheidend wird vielleicht weniger sein, wie in der Vergangenheit geschehenes Unrecht wieder gut gemacht werden kann, sondern vielmehr muss die Frage beantwortet werden, was die Erkenntnisse der Vergangenheit für die Zukunft bedeuten. Für Brandenburg heißt das, dass nach wie vor eine immer schon protegierte Großstruktur der Betriebe weiterhin politisch von der Regierung aus SPD und Linken unterstützt wird. Dies wurde immer wie-

der in den Anhörungen und Debatten der Enquetekommission deutlich, die nun auch einen Abschlussbericht vorgelegt hat. „Das war noch einfach“, sagt Axel Vogel, „weil es nur um eine Nachzeichnung der Diskussion ging. Schwieriger wird es jetzt, wenn Handlungsempfehlungen daraus abgeleitet werden sollen.“ Laut Vogel wäre zum Beispiel ein wichtiger Aspekt, mit welchen Maßnahmen man dem fortschreitenden Landgrabbing begegnen kann und will. „Der Genossenschaftsbegriff ist bei uns inzwischen sehr schillernd“, schildert Vogel, längst verbürgen sich dahinter auch Aktien- und Kapitalgesellschaften, die mit der ursprünglichen Idee der vielen kleinen Anteilseigner nicht mehr viel gemein hätten. Auch Förderpolitik oder der Mindestlohn gehören für Vogel auf die Agenda, schließlich sei ein Ergebnis der Enquetekommission auch gewesen, dass die großen brandenburgischen Agrarbetriebe weitestgehend ineffektiv, wenig Wertschöpfung generierend seien und ihre wenigen Arbeitskräfte auch noch schlecht bezahlten. Aus Sicht des Grünen ist hier ein bemerkenswerter Prozess entstanden, in dem zum Teil die CDU-Fraktion einen „frappierenden Wandel“ vollzogen hat, von agrarindustriellen hin zu Positionen, die die bäuerlichen Betriebe unterstützten. Die Frage, wie sie in Regierungsverantwortung gehandelt hätte, bleibt zwar außen vor, nichtsdestotrotz wäre eine entsprechende Entwicklung bei Rot-Rot genauso wünschenswert. cs

Die Vernetzung der Welt

Ein neuer Versuch den Austausch über nachhaltige Ressourcennutzung zu organisieren

Verschiedene Blickwinkel sind Teil des Programms bei der Global Soil Week, zu deutsch etwa Welt-Boden-Woche, die dieses Jahr Ende Oktober stattfand: internationaler Austausch zum Thema nachhaltige Bodennutzung im Sinne von Fruchtbarkeitserhalt und Landrecht - quer durch unterschiedliche Fachdisziplinen, Länder und Interessenslagen: vom Wissenschaftler über Politik- und Wirtschaftsvertreter bis zum Praktiker. Auf diese Weise soll laut Charlotte Beckh, eine der Organisatoren dieser Veranstaltung, kontrovers diskutiert werden, um daraus einen Aktionsplan zu entwickeln. Beckh arbeitet in der Projektgruppe zum Thema Boden im IASS in Potsdam (Institute for Advanced Sustainability Studies e.V, deutsch etwa Institut für fortgeschrittene Nachhaltigkeitsforschung - eine Kombination aus Forschungszentrum und Ideenschmiede zur Erforschung des Klimawandels, des Erdsystems und der

Nachhaltigkeit). Dieses Institut ist 2009, unter Beteiligung von Prof. Klaus Töpfer, gegründet worden und damit noch relativ jung; aber schon zum zweiten Mal findet die einwöchige Bodentagung in Berlin statt und Institut und Tagung können mit einer ganzen Reihe politisch bedeutsamer Partner von der deutschen GIZ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) über die Europäische Kommission bis hin zur FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN) aufwarten.

Politische Beachtung

Das Ganze wirkt zunächst etwas abstrakt, weil die komplexen Zusammenhänge so stark betont und methodisch einbezogen werden sollen - noch dazu alles auf englisch. Dennoch bietet es die Chance einen Rahmen nutzen zu können, der schon internationale politische Beachtung findet - und im weltweiten Gerangel um die Aus-

richtung der Landwirtschaft nicht erst mühsam erkämpft werden muss. Die Stärke des IASS dürfte in seiner Funktion als flexible, politisch unabhängige Plattform liegen, die den Versuch macht alle Meinungen einzubeziehen. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden anerkannt als „bedeutender Beitrag, um die Anliegen von Personenkreisen einzubringen, deren Perspektive ansonsten evtl. nicht ausreichend berücksichtigt würde“. InstitutsmitarbeiterInnen wie Beckh sind sich bewusst, dass insbesondere die englische Veranstaltungssprache eine Hürde für die Beteiligung gerade dieser Gruppen darstellt. Dafür wollen sie langfristig Lösungen anbieten können. Derzeit beteiligen sie sich zumindest in Deutschland an Veranstaltungen anderer Organisationen, um den Austausch dort mitzubekommen und Diskussionspunkte aus ihrer Arbeit einzubringen. cw



Kükentöten strafbar

Legehennenbranche bekommt Auftrag zum Wandel

Grundsätzlich halten wir das Töten der männlichen Eintagsküken in der Legehennenproduktion für strafbar nach dem Tierschutzgesetz“, so die Haltung der Staatsanwaltschaft Münster, geäußert von Oberstaatsanwalt Heribert Beck. Dass diese Praxis, die in Deutschland jährlich rund 40 Mio. Küken trifft, keinen vernünftigen Grund im Sinne des Tierschutzgesetzes aufzuweisen hat, ist die generelle rechtliche Einordnung im Ermittlungsverfahren gegen eine nordrhein-westfälische Brüterei. Der vorliegende Fall an sich wurde wegen Verbotsirrtums eingestellt, weil dieses Vorgehen in der Legehennenzucht bisher bundes- und europaweit verbreitet und geduldet ist – und somit nicht klar war, dass das Verhalten strafbar ist. Das Landwirtschaftsministerium in NRW griff den festgestellten Klärungsbedarf sofort auf und gab Ende September einen Erlass heraus, der den „Brütereien, in denen männliche Eintagsküken aus Gründen

weder nicht wirtschaftlich oder nicht ausgereift sind: die durch einen erhöhten Eierpreis mitfinanzierte Langmast der Legehennenbrüder, Einsatz von Zweinutzungsrasen oder die frühe Geschlechtsbestimmung im Ei mit dem Ziel vor entwickeltem Schmerzempfinden auszusortieren. Es zeigt sich ein Problem des hohen Spezialisierungsgrades in der Hühnerzucht: Da sich die Eigenschaften „hohe Legeleistung“ und „hoher Fleischansatz“ genetisch widersprechen, wurde die Züchtung komplett getrennt und jeweils in Richtung maximaler Leistungen vorangetrieben. Jochen Dettmer, Bundesgeschäftsführer von Neuland, erklärte das Dilemma in einem Artikel der *Welt* als besonders kompliziert, weil es sich um die „Rückabwicklung eines jahrzehntelang falsch gelaufenen Prozesses“ handle. „Das wird erstmal gerichtlich krachen“, ist Bio-Legehennenhalter Karsten Bauck überzeugt. Er ist begeistert von dem politischen Signal



Männliche Legehennenküken aufziehen - die Nische in der Nische

Foto: Redaktion

der faktisch gegebenen wirtschaftlichen Nicht-Verwertbarkeit bisher getötet werden“, diese Praxis verbietet. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer will laut *Neuer Osnabrücker Zeitung* „ein mögliches Verbot prüfen“. Bei den Brütereien in NRW regte sich sofort Widerstand. Doch das Landesministerium sieht genau diese in der Pflicht, gewährt aber „angesichts der bisherigen Duldung dieses Verfahrens und der europaweiten Tragweite (...) einen Übergangszeitraum von bis zu einem Jahr für die Umstellung“. „Aufziehen“ kommt knapp als Antwort auf die Nachfrage, wie mit den männlichen Küken umgegangen werden soll – wie das innerhalb eines Jahres wirtschaftlich umzusetzen sein soll, bleibt offen.

Die Fachdiskussionen drehen sich um drei alternative Wege, die jedoch derzeit ent-

und der Konsequenz, dass nun Bewegung in das brisante Tierschutzthema kommt. Aus dem Wunsch nach einem ethisch verantwortbaren Umgang mit den Tieren heraus, hat er die Bruderhahn-Initiative gegründet: die männlichen Küken werden unter erheblichem Futteraufwand aufgezogen und die Mehrkosten auf die Eierpreise umverteilt – die dann bei 50 bis 60 Cent liegen. „Das ist die Nische in der Nische“, macht Bauckh klar. Sein Hauptanliegen war es, die Diskussion anzustoßen. Jetzt beobachtet er mit verschmitzter Neugier, wie das Thema politisch auf die Tagesordnung kommt: „Nun sind es nicht mehr ein paar Bauern, die sozusagen als Hobby völlig unwirtschaftliche Küken aufziehen und da selber draufzahlen – jetzt müssen sich mal alle in der ganzen Kette Gedanken machen.“

cu

Kurzes am Rande

In Frankreich wird es konkret

Frankreichs sozialistischer Staatspräsident Francois Hollande hat konkrete Maßnahmen vorgestellt, was die nationale Umsetzung der EU-Agrarreform betrifft. Dabei machte er klar, dass er Veränderung will. „Wer kann noch den Erhalt eines Systems rechtfertigen, das weiter aus historischen Referenzen besteht, die vor 20 Jahren galten?“, fragte Hollande auf einer Rinderzuchtveranstaltung. Hollande will die ersten 52 ha eines jeden Betriebes fördern. Dies sei gerade für die Tierhaltung hilfreich. Es handle sich dabei um einen ökonomischen, nicht um einen sozialen Ansatz, erläuterte der Staatspräsident. Die Prioritätensetzung auf die Förderung der Tierhaltung ist gewollt. „Erstmals ist es seit 2003 möglich, den Anteil der gekoppelten Beihilfen zu erhöhen. Diese Freiheit werden wir vollständig nutzen“, erklärte der Franzose. So soll nach seinen Angaben das Budget der gekoppelten Beihilfen im Bereich Tierhaltung erhalten werden; hierunter fallen die Prämien für Mutterkühe, Rinder und Ziegen sowie die Ausgleichszulage für Standortnachteile oder Kälber mit Prädikatszeichen. Ferner sollen Beihilfen für Milchkühe und Mast eingeführt werden. Um die Abhängigkeit der französischen Betriebe von Eiweißimporten zu verringern, will die Regierung zudem Hilfen zur Verfügung stellen, die den nationalen Anbau von Proteinpflanzen begünstigen und so die Futtermittelautonomie verbessern. Geplant ist auch eine Fokussierung der Förderung auf Junglandwirte. „Ich schlage ein neues Förderinstrument vor, mit dem 1 % der Frankreich zur Verfügung stehenden Direktzahlungen speziell den Junglandwirten gewährt werden“, betonte der Sozialist. Bis zum Ende des Jahres soll das Konzept in trockenen Tüchern sein. cs

Ostminister in Bewegung

Nach einem Treffen der ostdeutschen Agrarminister in Magdeburg zeigten diese sich bereit, höhere Direktzahlungen für die ersten Hektare als Kompromisslinie mit in die Sonderagrarministerkonferenz am 4. November nach München zu nehmen. 5 Prozent der Direktzahlungen wären sie bereit dafür abzutreten, so die Aussage von Onko Aeikens, CDU-Agrarminister in Sachsen-Anhalt, und Till Backhaus (SPD) aus Mecklenburg-Vorpommern nach dem Treffen. Als untragbar erklärten Aeikens und Backhaus dagegen Forderungen der grünen Landwirtschaftsminister in den Bundesländern, einen großen Teil der Gelder aus der 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in die 2. Säule zu transferieren. Backhaus betonte, die ostdeutschen Landwirte müssten schon bei dem nun vorgelegten Angebot einen erheblichen Mittelabfluss verkraften. Sowieso sehe man sich stärker belastet als die kleinen Betriebe des Südens, die zudem meist noch über außerlandwirtschaftliches Einkommen verfügten. Bauernbundpräsident Jörg Klamroth als Interessensvertreter ostdeutscher Landwirte kritisierte, dass die Ostminister nun einen Mittelabfluss im ländlichen Raum in Kauf nähmen, anstatt mittels Kappung und Degression im ersten Schritt der EU-Agrarreform „eine Landwirtschaft in den neuen Ländern aufzubauen, die von der Bevölkerung besser verstanden wird, die keine Agrarindustrie ist und keine agrarindustrielle Massentierhaltung fördert.“ cs

Klare Worte von Kirchen gefordert

Anlässlich der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 10. bis 12. November in Düsseldorf zum Thema Welternährung, haben engagierte Bäuerinnen und Bauern sowie landwirtschaftlich Interessierte ein Memorandum zum Thema europäische Agrarpolitik verfasst. In dem Memorandum wird sich etwa gegen die agrarpolitisch forcierte Weltmarkteroberung ausgesprochen, vor den damit verbundenen steigenden Sojaimporten aus armen Ländern mit den bekannten sozialen und ökologischen Folgen gewarnt und beispielsweise eine europäische heimische Eiweißversorgung vorgeschlagen. Für dieses Memorandum werden Unterschriften gesammelt. Auf der Synode sollen damit die Entscheidungsträger in Synode, Kirchen, bäuerlichem Berufsstand, Agrarwirtschaft und Politik aufgefordert werden, sich diese Forderungen zu eigen zu machen. Wer die bäuerlichen Prinzipien im Memorandum unterstützen möchte, kann sich bis zum 9. November an der Unterschriftenaktion beteiligen. Infos: www.hohebuch.de. bet

Mit Essen spielt man nicht

Mit Traktor und Trommel demonstrieren Menschen im Frankfurter Bankenviertel gegen Agrarspekulation

Strukturwandel in Gang

Der rheinische Bauernverband hat Zahlen zum Strukturwandel veröffentlicht. Demnach wächst in Deutschland nur noch die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe über 100 ha, darunter nimmt sie ab. Von 2007 bis 2011 stieg die Zahl der Betriebe dieser Größenordnung von 2.400 auf 34.100, sie bewirtschafteten über 50 % der Landfläche Deutschlands. Zwar verlangsamte sich der Strukturwandel, da die Abnahmerate der Betriebe leicht sank, die absolute Zahl liegt aber nur noch bei 287.500 Höfen mit einer durchschnittlichen Größe von 58 ha je Hof. Da es gerade im Rheinland noch einige Betriebe gibt, die kleiner sind, beiläufige sich der Verband zu betonen, dass „die Flächenausstattung allein noch keine Aussage über die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit“ zulasse. Auch in Baden-Württemberg veröffentlichte das Statistische Landesamt Zahlen zur Agrarstrukturentwicklung. Durchschnittlich bewirtschaftet dort ein landwirtschaftlicher Betrieb eine Fläche von 33,5 ha, 10 mehr als noch 1999. **cs**

Es ist zeitiger Vormittag im Frankfurter Bankenviertel. Am Fuß der beiden spiegelnd verglasten Zwillingstürme der Deutschen Bank sammelt sich eine Gruppe von Demonstranten. Die Polizei sperrt Teile der vierspurigen Mainzer Landstraße. Ein Traktor mit der Fahne der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) kommt an. Auf dem Bürgersteig werden kleine Gerüsttürme aufgebaut. Einer für die Deutsche Bank und einer für die Allianz. Beide Banken spekulieren an der Börse. Beide Banken wetten auf Lebensmittel. Genau deshalb haben die Organisationen Oxfam, Attac, die AbL, Compact, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, medico, Misereor und WEED zur Demonstration aufgerufen.

Klare Forderung

„Spekulant in die Schranken“ steht auf dem großen Banner, das zwischen die nachgebauten Türme gespannt ist. „Mit Essen spielt man nicht“ steht auf einem anderen. Über 50.000 Menschen haben im Vorfeld der Aktion gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln unterschrieben – symbolisch sind sie alle hier durch ein rotweißes Absperrband vertreten. Jede Unterschrift steht für zehn Zentimeter. Am Ende waren es fünf Kilometer. Der Vorwurf an die beiden Großbanken: Die maßlose Spekulation mit Grundnahrungsmitteln wie Mais und Weizen trägt zu extremen Preissprüngen bei und verschärft so Hunger und Armut. Noch während der Auftaktkundgebung wird schnell klar, dass man hier an der richtigen Stelle demonstriert. „Mit mehr als 6,2 Mrd. Euro Anlagevolumen ist die Allianz der größte Nahrungsmittelspekulant in Deutschland. Allein im letzten Jahr hat sie daran mindestens 62 Mio. Euro verdient. Obwohl andere Ban-

ken diese Hunger-Geschäfte gestoppt haben, machen Allianz und Deutsche Bank ungeniert weiter“, sagt Oxfams Handels-Experte David Hachfeld. Damit der Protest auch weithin sichtbar wird, zieht die Demonstration durch Frankfurts Innenstadt. Durch Hochhauschluchten über Fußgängerzonen bis hin zum Börsenplatz. Auch wenn die Frankfurter Börse inzwischen in einen Vorort ausgesiedelt wurde, so ist die Symbolik doch eindeutig. „Mit Essen spielt man nicht – Nahrung ist ein Menschenrecht!“ skandierten die Demonstranten bevor sie weiterzogen. Durch die Fressgass, wo traditionell viele Geschäftsleute ihren Mittagsimbiss zu sich nehmen, über den Opernplatz bis zum Sitz der Allianz Global Investors im noblen Westend.

Hintergrund

In vielen Ländern hungern Menschen. Dabei sind die Ursachen oft sehr vielschichtig. Insbesondere in Ländern wie Bangladesch, Kenia und Guatemala leiden die armen Bevölkerungsgruppen unter den seit 2006 deutlich gestiegenen Preisen für Grundnahrungsmittel wie Mais und Weizen. Dass gerade diese Länder betroffen sind, hängt mit ihrem hohen Importbedarf an Grundnahrungsmitteln zusammen. Der Anteil der Ausgaben der Haushalte für Grundnahrungsmittel beträgt hier bis zu 80 Prozent. Die Ursachen für rasant gestiegene Preise für Grundnahrungsmittel seien neben knappen Ernten, der steigenden Nachfrage für die Bioethanolproduktion vor allem auf die steigende Fleischnachfrage in Asien infolge eines gestiegenen Lebensstandards zurückzuführen, analysieren Börsenberichtersteller. Ein Zusammenhang gesteigener Weltmarktpreise mit der Spekulation auf Nahrungsmittel wurde von den Akteuren immer wieder negiert. Bisher gibt es keine eindeutigen Untersuchungsergebnisse, die den Einfluss der Spekulation auf die Preisentwicklung be- oder widerlegen. „Solange nicht zweifelsfrei bewiesen ist, dass die Spekulation an den Rohstoffmärkten keinen Einfluss auf die Nahrungsmittelpreise der Welt hat, sollten sich Allianz und Deutsche Bank – wie zuvor schon die Commerzbank oder die DZ-Bank – aus dem Geschäft zurückziehen“, forderten denn auch die Demonstranten in Frankfurt.

Unschuldsmymen

Zu einer deutlich schärferen Einschätzung des Einflusses von Spekulation auf die Preisentwicklung kommt Dirk Müller in seiner von Misereor in Auftrag gegebenen Einschätzung der Auswirkungen von Spekulation. Der auch als Mister Dax bekannte und gefragte Börsenexperte ist Geschäftsführer der Finanzethos GmbH. In

den vergangenen Jahren, so Müller, haben sich die Warenterminmärkte grundsätzlich gewandelt. Was ursprünglich als eine Preisabsicherung für Produzent und Abnehmer konzipiert war, wurde von Spekulanten mit guter Marktkennntnis genutzt, um Preisunterschiede in unterschiedlichen Handelsgebieten auszunutzen. Grundsätzlich gewandelt habe sich der Charakter des Terminhandels, als im Jahr 2000 die bis dahin geltenden Beschränkungen aufgeweicht wurden. Heute werden an den Börsen fiktive Warenmengen gehandelt, die die tatsächlich vorhandenen Mengen um ein vielfaches übersteigen. Besondere Bedeutung misst Müller auch der Tatsache bei, dass Spekulanten nur einen Bruchteil des Gegenwertes eines eingegangenen Vertrags, die sogenannte Sicherheitsmargin, als eigenes Geld hinterlegen müssen. Dies führt nach Ansicht von Müller dazu, dass die sowieso schon einfließenden Investmentgelder durch zusätzliche Kredite weiter aufgebläht werden. Derzeit verhandeln die EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel über eine Reform der Finanzmarkttrichtlinie MiFID. Diese könnte der Rahmen für eine Änderung der Regeln zum Handel mit Grundnahrungsmitteln an der Börse sein. Nach langem Zögern hat auch Finanzminister Wolfgang Schäuble im September eine Kehrtwende vollzogen und will sich zukünftig für eine Eindämmung der Agrarspekulation einsetzen.

Regeln einführen

Wichtige Stellschraube für die Politik wäre, laut Dirk Müller, eine Steigerung der Transparenz. Viele Rohstoffinvestments werden derzeit außerhalb der Börse getätigt. Für diese Over the counter (OTC) Geschäfte müsste es in Zukunft zumindest eine Meldepflicht geben. Besonders sensible Produkte könnten auch vom OTC-Handel ausgenommen werden. Ein zweiter wichtiger Punkt, der einer Regulierung bedarf ist, laut Müller, die Anhebung der Sicherheitsmargin. Ziel sollte es sein, dass die Spekulation die Preisentwicklung durch Angebot und Nachfrage nicht mehr überdeckt. Entwicklungen am Silbermarkt haben gezeigt, dass eine hohen Margin, also der hinterlegte Anteil eigenen Geldes, kurzfristige Akteure aus diesem Marktsegment verdrängen kann. Für besonders sensible Rohstoffe wie Weizen und Mais, gemeinhin auch als Soft Commodities bezeichnet, sollte ein Handel in Fonds verboten werden, fordert der Börsenexperte. Ein besonderes Augenmerk verdiene die Entwicklung einiger Akteure, Rohstofffonds physisch zu hinterlegen. Also die Ware als solche aufzukaufen. Dies, so Müller, sollte mindestens im Soft-Commodity-Bereich gar nicht erst zugelassen werden. **mn**



Vor den Türen der Allianz demonstrieren: Katharina Besier, Georg Janßen, Reinhard Nagel und Annemarie Volling
Foto: Nürnberger

Viel Bewegung im Milchsektor

Trotz hoher Milchpreise bleibt die Situation für Bauern angespannt, auch wegen unsicherer Entwicklungen am Weltmarkt

Die Milchpreise befinden sich auf einem Hoch. Erste Molkereien haben im Oktober die Schwelle von 40 Cent pro Liter überschritten. Für die Landwirte ist dies zwar erfreulich, allerdings noch nicht genug. Die Lage der Milchbauern hat sich gebessert, aber wirklich gut ist sie noch nicht. Diesen Eindruck vermittelten Vertreter des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM) auf ihrer Jahresversammlung. Vor allem die gestiegenen Kosten für Energie, Futtermittel, Dünger und Saatgut machen aus Sicht des BDM einen Preis von mindestens 50 Cent pro Liter notwendig.

Nach Abzug der Kosten

Andere, der Molkereibranche näher stehende, Marktbeobachter hingegen loben die hohen Auszahlungspreise. Der Kieler Rohstoffwert lag im September schon bei 45,6 Cent/kg ab Hof. Bei den Bauern allerdings kommt dieser wenn überhaupt, dann erst verzögert an. Denn die Milchauszahlungspreise werden immer erst im Nachhinein festgelegt und geben meist das Ergebnis des Produktmixes der jeweiligen Molkerei wieder. Vor allem für die Milchproduzenten ist es dadurch schwierig den richtigen Zeitpunkt für Investitionen zu finden, dass z. B. in Hochpreisphasen Investitionen getätigt werden, mit denen man besser abgewartet hätte, und in Niedrigpreisphasen gerade solche Investitionen, mit denen man durch Mehrproduktion im Hinblick auf hohe Preise reagieren kann, zu spät erfolgen. Molkereien haben es da leichter: Sie zahlen für die Milch in der Regel das aus, was sie nach Abzug ihrer Ausgaben übrig haben. Besonders eindrücklich veranschaulicht wird dies, wenn man sich die Preiszusammensetzung bei Vollmilch im Discountbereich ansieht. An der Kasse zahlt der Verbraucher für Vollmilch, 3,5 Prozent Fett, derzeit ca. 65 Cent je Liter. Beim Bauern kommen davon aber nur noch 36 Cent je Liter an. Neben der Mehrwertsteuer in Höhe von 4,3 Cent und der Gebühr für die Entsorgung der Verpackung durch den Grünen Punkt in Höhe von rund einem Cent bleiben beim Lebensmitteleinzelhandel 4,3 Cent je Liter. Diese enthalten aber die Kosten für Logistik, Handling und die Kühlung der Trinkmilch im Laden. Die Verarbeitung der Rohmilch zu Trinkmilch kostet die Molkerei 8,5 Cent je Liter. Die Verpackung, also der Karton einschließlich eines Schraubdeckels sowie die Umverpackung in größere Gebinde, schlägt mit 8,5 Cent je Liter zu Buche. Lagerhaltung und Logistik kosten 0,5 Cent je Liter. Die Overheadkosten beinhalten schließlich mit 0,6 Cent je Liter die Verwaltung sowie die Molkereimarge. Insgesamt bleiben bei der Molkerei damit 9,6

Cent oder 14,7 Prozent des Verkaufspreises. 1,4 Cent pro Liter betragen die Kosten für den Transport der Rohmilch von den landwirtschaftlichen Betrieben zur Molkerei. Damit ergibt sich ein Preis von 36 Cent je Liter für den Milcherzeuger ganz unabhängig von dessen Kosten.

Anlieferungspflicht

Die Andienungspflicht machte es Landwirten in der Vergangenheit unmöglich, eigenständig auf niedrige Auszahlungspreise durch die Molkerei in Form anderer Vermarktungswege zu reagieren. Mitte Oktober hat der Bundesrat jedoch eine Änderung der Marktstrukturverordnung be-



Molkereien und Banken entwickeln neue Milchmärkte

Foto: DaveGardener

schlossen. Landwirte, die Teil einer Erzeugergemeinschaft sind, müssen in Zukunft nur noch 90 Prozent ihrer Erzeugnisse abliefern. Zukünftig ist es dadurch möglich alternative Absatzwege, wie zum Beispiel die Direktvermarktung, nutzen zu können, ohne dass hierzu ein besonderer Beschluss der Erzeugerorganisation herbeigeführt werden muss.

Weltmarkt

Diese Änderung der Agrarmarktstrukturverordnung kann indes nicht über die immer weiter fortschreitende Zentralisierung im Molkereibereich hinwegtäuschen. Der jüngste Zusammenschluss ist von der niederländischen Molkereigenossenschaft DOC Kaas B.A. mit Hochwald Foods GmbH. Durch ihre Kooperation wollen die beiden Unternehmen die weltweit steigende Nachfrage nach Milchprodukten zur Gründung einer Tochtergesellschaft nutzen. Die Joint-Venture-Partner wollen ab 1. Januar 2014 Produkte nach Afrika und auf die arabische Halbinsel exportieren. Offenbar ergänzen sich die Sortimente beider Hersteller. Während DOC Kaas für die Lieferung von Käse zuständig ist, steuert Hochwald frische und haltbare Milchprodukte sowie Pasta-Filata Käse bei. DOC Kaas verarbeitet jährlich zirka

1 Mrd. kg Milch von ca. 1.200 Mitgliedern in Hoogeveen. Die Hochwald Foods GmbH mit Sitz in Thalfang verarbeitete 2012 mehr als 2,04 Mrd. kg Milch von rund 5.500 Milcherzeugern.

Neue Märkte erschließen

Einen ganz anderen Weg geht FrieslandCampina. Gemeinsam mit der Rabobank soll die lokale Milchviehhaltung in Indonesien und Vietnam gefördert werden. Die lokalen Milchproduzenten sollen mit Kenntnissen und Fertigkeiten und der Gewährung von Finanzierungen dabei unterstützt werden, die Qualität der lokalen Milchviehhaltung zu verbessern. Die Kre-

ditte werden zu relativ günstigen Konditionen vergeben und dienen dem Kauf von Kühen, einer Verbesserung des Stallklimas und dem Bau von Biogasanlagen. Die produzierte Milch wird von FrieslandCampina abgenommen. Zinsen und Tilgung werden vom Milchgeld einbehalten, sodass die Milchviehhalter allmählich ihre Schulden zurückzahlen. Die Rabobank versteht sich als führende Food und Agribank mit einem Schwerpunkt auf der Förderung nachhaltiger Strukturen. Die Kleinbauern in Entwicklungsländern und aufstrebenden Volkswirtschaften spielen hierbei eine wichtige Rolle. Ihr Potenzial kann weltweit viel besser genutzt werden, wenn sie Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten und zu Wissen erhalten, so die Bankvertreter. Das Projekt umfasst Investitionen von insgesamt 22 Mio. Euro, von denen FrieslandCampina insgesamt 12 Mio. Euro trägt. Neben allen Bekundungen dürften es sowohl bei der Rabo-Bank als auch bei FrieslandCampina stichhaltige Markt- und Gewinninteressen sein, die zu diesem Schritt führten. Beide Unternehmen sind mit ihrem Engagement führend an der Entwicklung neuer Märkte beteiligt. Am Ende könnte das Engagement zu einer Win-win-Situation für die Investoren und die Bauern führen. *mm*

Konkurrenz aufrecht erhalten

Der Raiffeisenverband will offenbar verhindern, dass starke Erzeugergemeinschaften der Milchbauern und anderer Landwirte die erzeugerpreis-drückende Konkurrenz abbauen, auf Augenhöhe mit der Ernährungsindustrie verhandeln und höhere Erzeugerpreise durch Mengenbündelung in Bauernhand durchsetzen. Anders kann man nicht erklären, was Raiffeisenvertreter Dr. Petersen laut *top-agrar-online* beim GEWISOLA-Kongress in Berlin von sich gab: Die geplante Agrarmarktstruktur-Verordnung dürfe nicht dazu führen, dass zwischen Landwirten und Genossenschaften „eine zusätzliche Marktstufe geschaffen“ werde. Er warnte vor einer „Einschränkung des Wettbewerbs und der Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts“ und einer „Einschränkung der weiteren Entwicklung der Genossenschaften“. Es bestehe kein Bedarf an einer Branchenorganisation innerhalb der sogenannten „Wertschöpfungskette“. Er verwies auf das Bestehen der „Landesvereinigungen Milch“, die bekanntlich wegen ihrer Molkerei- und Bauernverbands-Abhängigkeit heftig kritisiert werden. Petersen warnte, man werde die künftige Anerkennung von Agrarorganisationen „genau verfolgen“ und winkte sogar mit dem Einsatz des Verfassungs- und Vereinsrechts. *en*

Preise für Verdienste der Industrie

Der Welternährungspreis ging dieses Jahr an drei Biotechnologen, die im Bereich der Gentechnik u.a. bei Syngenta und Monsanto arbeiten: Die Begründung: „In den letzten 60 Jahren hat uns die Wissenschaft bei der molekularen Genetik große Möglichkeiten für die Zukunft der Landwirtschaft, Industrie, Medizin und Umweltschutz eröffnet“, so der Vorsitzende des Preises, Dr. M.S. Swaminathan. Die Entscheidung löste heftige Kritik bei Umweltorganisationen, Grünen-Politikern sowie 81 Preisträgern des Alternativen Nobelpreises aus, weil sie ein „falsches Signal für die Zukunft der Ernährungssicherheit und Landwirtschaft“ setze. Zudem wird ein Zusammenhang zwischen großzügiger finanzieller Unterstützung der Konzerne für die preisvergebende Stiftung und der Preisverleihung gesehen. Im Bereich Medien und Öffentlichkeitsarbeit hat der Zentralverband der deutschen Geflügelwirtschaft für seine Webseite „10 Thesen zur deutschen Geflügelwirtschaft“ den europaweiten „Digital Communication Award 2013“ für herausragende PR- und Kommunikationsleistungen im Internet bekommen. Die Marketingseite, deren Diskussionsbeiträge zu großen Teilen sehr kritisch ausfallen, wird als offenes Forum für eine umfassende und konstruktive Diskussion zur Nutztierhaltung gelobt. cw

Preise für Verdienste an der Landwirtschaft

Ende September wurde der sogenannte „Alternative Nobelpreis“ (Right Livelihood Award) u.a. an den Agrarwissenschaftler und Insektenkundler Dr. Hans R. Herren verliehen. Der Schweizer gilt als Pionier der erfolgreichen biologischen Schädlingsbekämpfung und nachhaltigen Landbewirtschaftung und ist vor allem in Afrika tätig. Seine Stiftung Biovision fördert afrikanische Bauern bei der praktischen Umsetzung. Ausgezeichnet wurde Herren für seine theoretische und praktische Arbeit, die aufzeigt, dass eine auf agrarökologischen Prinzipien beruhende Landwirtschaft die Welt ernähren kann – bei steigender Bevölkerung und sich ändernden Bedürfnissen. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit bekam die Tierärztin Dr. Anita Idel den deutschen Salus-Medienpreis für ihr provokantes Buch „Die Kuh ist kein Klimakiller“ verliehen, weil „dessen Veröffentlichung der Diskussion um die Klimschädlichkeit der Rinderhaltung eine ganz entscheidende Wende gegeben hat“. Sie teilt sich die Auszeichnung mit dem Journalisten Dr. Conrad Lay, weil dessen im SWR2 ausgestrahltes Hörfunkfeature „Was Manager sagen – und was nicht. Die Rede vom Restrisiko in der Agrotechnik“ als besonders brisant beeindruckte. cw

Bündnis Agrarwende

Interessen bündeln für eine andere Agrarpolitik will das Bündnis Agrarwende in Brandenburg, das sich am 9. 11. in Potsdam gründet. Die Initiative des Landesdachverbandes der ökologischen Anbauverbände (FÖL), das Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken mit seinen Bürgerinitiativen sowie Naturschutzverbände wollen zunehmendem Landgrabbing und Agrarindustrialisierung in Brandenburg etwas entgegensetzen. cs

Gegen agrarindustriellen Biogas-Wildwuchs

Das Bürgerinitiativen-Netzwerk „Initiativen mit Weitblick“ und der AbL-Landesverband Niedersachsen/Bremen berieten im September in einem Gespräch mit Referenten der für Umwelt, Landwirtschaft und Bau zuständigen niedersächsischen Ministerien darüber, ordnungswidrige Verhältnisse im Biogas-Sektor zu ermitteln und abzustellen. Hierbei geht es vor allem um Anlagen, die einst als „landwirtschaftlich privilegiert“ genehmigt worden sind, die aber mittlerweile ganz oder teilweise von außerlandwirtschaftlichen Investoren übernommen wurden. Diese genehmigungswidrigen Zustände sind oft verdeckt, könnten und müssten aber durch die zuständigen Landkreise aufgedeckt werden. Nach einer eventuellen Stilllegung der Anlagen könnten diese ggf. an wirkliche Landwirte übertragen werden. „Wir erwarten durch diese Rückführung auf genehmigte Zustände einen Rückgang des Flächen-drucks, der Preisexplosion auf den Pacht- und Bodenmärkten und der Verdrängung anderer Landwirte durch bestimmte Biogasbetreiber“, so der niedersächsische AbL-Vorsitzende Ottmar Ilchmann. „Die Herstellung genehmigungskonformer Verhältnisse werten wir als einen wichtigen Schritt gegen den Wildwuchs bei Biogasanlagen mit seinen Auswirkungen auf Landschaft, Natur, Grundwasser, Klima und Lebensqualität der Bürger“, so Gertrud Stechmesser als Vertreterin der Bürgerinitiativen „Initiativen mit Weitblick“. Ilchmann und Stechmesser betonten, dass bäuerlich betriebene Biogasanlagen mit positiver Ökobilanz, vor allem auf Grundlage von Gülle und Reststoffen, weiterhin ihren Platz in der Energieversorgung haben müssten. en

Kurzes am Rande

Moderne Agrarpolitik?

Parteien auf dem Podium der AbL-Regionalgruppe Oberland zu den Wahlen

Etwa 100 politisch interessierte Besucher kamen kurz vor der Landtagswahl in Bayern und der Bundestagswahl zur Podiumsdiskussion der AbL Regionalgruppe Oberland am 3. September nach Eurasburg. Je ein Vertreter der Grünen, Freien Wähler, Linken, ÖDP, Bayernpartei, CSU, SPD und FDP waren gekommen um sich zum Thema: „Was verstehen Sie unter moderner Agrarpolitik“ zu äußern. Gerade die Vielfalt der Parteien sollte die Wähler über die Bandbreite der Meinungen informieren. Dabei stellte sich schnell heraus, dass der Landtagskandidat Anton Kreitmeier, CSU und MdL Tobias Thalhammer, FDP in diesem Kreis mit ihren Themen mehrheitlich nicht besonders gut ankamen. Bei Mindestlöhnen und globaler Verantwortung verwiesen sie darauf, dass dies auf freiwilliger Basis sein müsste. Einig waren sich die Podiumsteilnehmer, dass der Verbraucher die Macht und die Pflicht hätte, faire Preise und fairen Handel zu honorieren, dass für dieses Verhalten aber Ernährungswissen und ehrliche Produktinformation Voraussetzung sind, müsste aber die Politik umsetzen. Der Vorstand Walther Mauk verwies auf das Unrecht, die Menschen armer Länder auszubeuten, Ureinwohner zu vertreiben und durch den Sojaanbau dem globalen Klima zu schaden. Rudi Kühn als Vertreter der ÖDP verwies durchaus auf die Verantwortung der Politik. Die Lösung des Problems wäre die weitgehende Fütterung der Tiere von eigenen Flächen. Claudia Stamm, MdL der Grünen sieht die Chance in weniger Fleischverbrauch und damit weniger

Futtermittelimporten. Herman Dempfle, Kandidat der Bayernpartei, warnte, „wenn wir so weitermachen bleibt für die nächste Generation nicht mehr viel übrig“.

Rechenexempel

Der Vertreter der SPD, Josef Kollmansberger rechnete vor, dass nach dem Vorschlag von Frau Aigner ein Kleinbetrieb max. 750 Euro Betriebsprämie bekäme, die Agrarminister der Grünen Bundesländer aber ein Modell befürworten, das 3.500 Euro ergäbe. Andreas Wagner von den Linken erinnerte, die Aufgabe der Landwirtschaft ist die Versorgung der Menschen und nicht die Gewinnmaximierung der Lebensmittelbranche. Balthasar Barandhofer, Kandidat der Freien Wähler, ist sich sicher, dass immer mehr Flächen in der Hand der Großindustrie bald negative Auswirkungen auf alle haben. Der Moderator Walter Haefcker vom europäischen Erwerbsimkerbund konnte auch eigene Erfahrungen einbringen. Er wollte von den Regierungsparteien wissen, wie es möglich wäre, dass Frau Aigner in Bayern gegen die Gentechnik sei, aber in Berlin und erst recht in Brüssel, in den Abstimmungen dafür Sorge, dass dem Einzug der Gentechnik die Türen geöffnet werden. Weil noch viele Wortmeldungen anstanden, wurde die Diskussion gegen Mitternacht mit sanfter Gewalt von Walther Mauk beendet. Nachtrag: Nur aufgrund der vielen Listenplätze der CSU konnte Anton Kreitmeier gerade noch den Einzug in den Landtag schaffen.

Lucia Egner, AbL-Bayern



Vor Bayernwahl: Wer zeigt Perspektiven auf, wer wirft nur Nebelkerzen?

Foto: Dirscherl/pixelio

Betriebsspiegel:

Bioland-Gut Wulksfelde
288 ha Ackerfläche: Klee gras, Kar-
toffeln, Erdbeeren, Getreide, Zwi-
schenfrüchte, Feldfutterbau
155 ha Dauergrünland
75 Mutterkühe plus Nachzucht, 220
Mastschweine, 1.200 Legehennen,
6 Schafe, Tiergarten mit Zwergzie-
gen, Kaninchen, Meerschweinchen,
Eseln und einer Schar Vorwerk-
Hühnern
Hofladen, Naturkostlieferservice,
Bäckerei, angegliedert, aber recht-
lich eigenständig: Gemüsegärtne-
rei, Biorestaurant und Tischlerei

Vor knapp einem Jahr stolperte ich über eine der vielen kleinen, aber nicht weniger nützlichen Meldungen am Blattrand dieser Zeitung. Oft habe ich keine Ruhe oder auch schlichtweg keine Lust mich durch längere Artikel zu beißen und genieße die Kurzmeldungen, die mich auf die Schnelle über alles Mögliche

Die Fachoberschule habe ich mit Erfolg abgeschlossen und ein Abiturzeugnis in der Hand! Schluss mit Schule! Aber was kommt jetzt? Das Leben auf dem Bauernhof war für mich immer etwas selbstverständliches und ganz normal. Deshalb hat es wohl eine Weile gedauert, bis ich auf die Idee gekommen bin, den Hof selbst zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass es in Schnepfendorf auch in 20 Jahren noch einen Bio-Bauernhof gibt. Also habe ich mich entschlossen, eine landwirtschaftliche Lehre zu machen. Sehr bald musste ich feststellen, dass es mit der Schule noch nicht ganz zu Ende war. Meine schulische Ausbildung ist in neun Blockwochen zusammengefasst, welche ich in der Außenstelle Triesdorf des Berufsschulzentrums Ansbach absolviere. Aber wie funktioniert das eigentlich alles mit Blockschule und Internat und so? Ich bin also zu meiner ersten Blockwoche vorsichtshalber schon Sonntagabend nach Triesdorf gefahren, um mir das Ganze mal in Ruhe anzuschauen. Natürlich habe ich nicht auf dem richtigen Parkplatz geparkt, um direkt vor dem Verwaltungsgebäude zu stehen. Bei der Suche danach habe ich schon den ersten Eindruck vom Gelände bekommen. Nachdem ich eingeeckelt hatte, musste ich ans andere Ende der Anlage, um zu meinem Zimmer für diese Woche zu gelangen. Montagmorgen, nach der erfolgreichen Suche des Klassenzimmers: Etwa zehn Stühle, überall im Raum, sind besetzt von verschlafenen aussehenden, auffallend ruhigen Schülern, von denen sich die wenigsten gegensei-

rund um die bäuerliche Landwirtschaft auf dem Laufenden halten. Im konkreten Fall war dies die Kurzbeschreibung von Agrarpoli, eines neuen Bildungsprojektes der Agrar Koordination, verbunden mit der Aufforderung, sich bei Interesse zur Aufnahme einer Tätigkeit als Bildungsreferent direkt bei diesem agrar- und entwicklungspolitischen Verein zu melden. Das interessiert mich. Denn meine ersten Unterrichtserfahrungen hatte ich im Schuljahr 2000/2001 als Referendar für Landwirtschaft und Sonderpädagogik an einer berufsbildenden Schule gemacht. Bei den Landwirten waren meine Unterrichtskonzepte und Inhalte damals zu sehr ökologisch orientiert und für den Bereich Sonderpädagogik war ich schlichtweg nicht ausgebildet, völlig unvorbereitet und hatte leider in Person meines Mentors keine wirklich nützliche Unterstützung. Es kam wie es kommen musste. Ich kehrte der Berufsschule den

Rücken und wechselte in eine kleine Unternehmensberatung mit Sitz hier auf dem Gut Wulksfelde.

Meine pädagogische Ader hatte Sendepause. Meine Brötchen hab' ich dann über die Jahre in verschiedenen Bereichen der Direktvermarktung hier auf dem Gut verdient, wo ich heute eine 20-Stunden-Stelle im Hofladen habe, die mir ausreichend Zeit für freiberufliche Tätigkeiten lässt. Seit 2006 bin ich als Inspekteur der Öko-Kontrollstelle GfRS in Norddeutschland unterwegs und kontrolliere neben Bio- auch Neulandbetriebe auf die Einhaltung der jeweiligen Richtlinien. Nach einem ersten Treffen mit den Projektverantwortlichen und den anderen potentiellen BildungsreferentInnen (u.a. eine BDM-Bäuerin, einem Demeter-Bauern, einer Agrarwissenschaftlerin,...) gab es weitere Workshops zu den Inhalten und geeigneten Methoden der Bildungstätigkeit für Agrarpoli.

Agrarpoli



Uwe Schreiber, Tangstedt

Schluss mit Schule!?

tig kennen. Nach ca. zehn Minuten tauchen 13 unserer Mitschüler auf und bringen das Leben zurück in den Raum. Die Gruppe kommt zusammen aus einem Landkreis und hat dort das BGJ (Berufsgrundschuljahr) gemeinsam gemacht. Nach und nach fingen also auch die anderen Schüler an zu reden und sich gegenseitig kennenzulernen. Die ersten Schulstunden verbrachten wir, so wie das eigentlich immer ist, mit den verschiedensten organisatorischen Dingen wie Lehrbücher bestellen, Geld einsammeln und verschiedene Zettel ausfüllen. Wir haben dann aber auch bald mit dem Unterricht begonnen. Wir werden in den Fächern Tierproduktion, Pflanzenproduktion, Wirtschaft, Deutsch, Sozialkunde und Religion unterrichtet. In den Produktionsfächern haben wir

jeweils zwei bzw. vier Lehrkräfte, die je ein Gebiet abdecken. Deshalb haben wir uns in Pflanzenproduktion in dieser Woche mit den Bereichen Zwischenfruchtanbau und Getreideanbau befasst. Eine Woche Schule bedeutet aber nicht nur lernen, lernen, lernen. Nachmittags haben wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht, um Billard und Kicker zu spielen oder haben uns einfach zusammengesetzt und uns unterhalten. Die Stimmung war gut und die Klasse wuchs zusammen, doch wir haben nicht vergessen, dass wir in der Schule sind. Immer wieder überlegte jemand, mit mehr oder weniger Ernsthaftigkeit, wann wir wohl den ersten Test schreiben würden oder ob wir bis zum nächsten Tag noch was lernen sollten. Wir haben die erste Schulwoche alle ohne Test und ohne erste schulische Krisen

Seit diesem Sommer bin ich nun für das Projekt an berufsbildenden Schulen unterwegs. Die angehenden LandwirtInnen in der beruflichen Erstausbildung, aber auch in den verschiedenen Fort- und Weiterbildungsbereichen (Landwirtschaftsschulen, Höhere Landbauschulen, Fachoberschulen, etc.) sollen sich kritisch mit agrarökologischen und agrarpolitischen Themen auseinandersetzen. Vor dem Hintergrund des Weltagrarberichtes sollen die globalen Zusammenhänge der Landwirtschaft in Nord und Süd diskutiert werden. Die angebotene Themenpalette reicht vom „Wachsen oder Weichen“ über Agrogentechnik, Futtermittel – Glyphosat – Gen-Soja, Agrobiodiversität, Pestizideinsatz, Landwirtschaft im Klimawandel bis hin zur energetischen Nutzung von Biomasse.

Bei meinen ersten Einsätzen bin ich auf sehr unterschiedlich informierte und interessierte SchülerInnen gestoßen. Es besteht große Diskussionsbereitschaft, wobei nicht immer nur sachlich Argumente ausgetauscht werden; Pauschalurteile und das Einnehmen einer grundsätzlichen Verteidigungshaltung sind mir dann doch öfter mal begegnet. Als problematisch hat sich erwiesen, dass ich meist nicht genau genug über die Vorkenntnisse und Aufnahmebereitschaft der Klassen Bescheid wusste. Es sind daher flexible Unterrichtskonzepte gefragt, um die SchülerInnen dort abzuholen wo sie stehen.

Mein nächster Einsatzort wird Anfang November die Berufsbildende Schule Ostallgäu sein. Dort erwarten mich drei Ausbildungsklassen und eine Lehrkräftefortbildung zur Agrogentechnik.

überstanden. Damit wir den Schulstoff in der Zeit auf den Lehrbetrieben nicht ganz vergessen, haben wir ein paar Aufgaben bekommen, die wir bis zum nächsten Schulblock erledigen müssen. Besagte nächste Schulwoche steht mir jetzt direkt bevor - und ich habe fast alle Aufgaben erledigt.

Barbara Schilling, Schnepfendorf

Betriebsspiegel:

40 ha Ackerland (Qualitätsgetreide und Ackerfutter)
20 ha Grünland
30 Milchkühe + Nachzucht
5 Hühner
1 Pferd
Lage: Mittelfranken an der Grenze zu Baden-Württemberg

Dänemark verringert Sauenfixierung

Laut Dänemarks Agrarministerium dürfen Sauen in Neubauten ab 2015 auch im Deckzentrum nicht mehr fixiert werden, ab 2035 auch in Altgebäuden. Damit würden die Sauen 80 % ihrer Lebenszeit in Gruppen zubringen. Ein Forschungsprogramm soll alternative Abferkelsysteme entwickeln, damit ganz auf die Fixierung der Sauen verzichtet werden kann. *en*

Gegen Hähnchen-Großschlachthof Ahlhorn

Anlässlich der Demonstration von 700 Menschen gegen den geplanten Masthühner-Schlachthof in Ahlhorn (Kreis Oldenburg) warnt die AbL Niedersachsen/Bremen vor einer weiteren Ausweitung der ruinösen Vertragsmast und agrarindustriellen Qualmast. Die vom Investor Kreienborg bei der Putenschlachtereie des Geflügel-Konzerns „Heidemark“ geplante Anlage für (zunächst) 120.000 Schlachtungen täglich würde die strukturelle Überproduktions-Krise im Verdrängungskampf der Geflügelkonzerne weiter verschärfen. Die allermeisten Landwirte wüssten, dass die Konzerne die Küken-, Futtermittel- und Hähnchenpreise bestimmten und dass das Risiko von Bau und Betrieb bei den abhängigen Vertragsmastern verbleibe. Derzeit und auf Jahre hinaus machten fast alle Hähnchenmäster wegen der Überschuss-Situation deutliche Verluste. Selbst der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft habe nach jahrelanger Schönfärberei nunmehr eingestehen müssen, dass die Mäster am „wirtschaftlichen Limit“ arbeiteten und Probleme bei der Erwirtschaftung der getätigten Stallinvestitionen hätten. Es sei, so die AbL, bezeichnend, dass gerade am Tag der Ahlhorner Demonstration im Immobilienenteil der Nordwest-Zeitung ein bisheriger Hähnchenmäster seinen Betrieb zum Verkauf habe anbieten müssen. *en*

Amazing Grazing

„Amazing Grazing“ („Aufregendes Grasen“) – mit diesem Projekt wollen in Holland die Uni Wageningen und die Organisation Courage die Weidehaltung voranbringen: mit automatischen Hilfen beim Management bzw. Treiben und mit einer Wasserschlepe, die die Kuhfladen mit Wasser in den Boden spült und so Weidereste vermeidet. Die Uni Wageningen prognostiziert bei Fortgang der jetzigen Entwicklung, dass in ganz Europa der Weidegang massiv zurückgehen wird, in Deutschland auf 5 % im Jahre 2025. Sie weist aber auch auf den Einfluss politischer Maßnahmen (wie dem vorgeschriebenen Weidegang in Schweden) oder privater Förderprogramme (wie dem Weidebonus der Campina-Molkerei). *en*

Verschuldensunabhängige Futter-Haftung

Laut einem noch nicht rechtskräftigen Urteil des Oberlandesgericht Oldenburg haftet ein Futtermittelhersteller verschuldens-unabhängig auch für Folgeschäden, die aus der Lieferung von mangelhaftem Futter (in diesem Fall dioxinhaltige Fette) resultieren. Dies betrifft demnach nicht nur die – wegen der Sperrung der Hühnerställe - zu entsorgenden Eier, sondern auch weitere Umsatzeinbußen, unabhängig von einer möglichen Gefährdung des Endverbrauchers. (Az. 12 U 26/13). *en*

Label „Faire Arbeit“

Angesichts der teils menschenunwürdigen Situation ausländischer Werkvertragsarbeiter, beispielsweise in der Schlachtindustrie, fordert Prälat Peter Kossen als Vertreter des Bischöflichen Offiziats in Vechta ein Label „Faire Arbeit“. *en*

EuGH urteilt über Genmais-Zulassung

2001 hat der US-Agrarkonzern Pioneer/DuPont zusammen mit Dow AgroSciences eine Anbauzulassung für den GV-Mais 1507 beantragt. Der GV-Mais ist so manipuliert worden, dass er gegen das hochgiftige Totalherbizid Glufosinat resistent ist und ein Insektengift erzeugt, das u.a. anderem giftig für den Maiszünsler ist. Die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) hat zwei Gutachten festgestellt, dass er für Umwelt und Gesundheit genau so sicher sei, wie konventioneller Mais. Experten einiger EU-Mitgliedsstaaten äußerten jedoch Zweifel und auch die EU-Kommission erstellte eine umfangreiche Mängelliste. Trotzdem wurde 2009 im Parlament über die Zulassung des Pioneer-Maises abgestimmt. Es gab jedoch keine qualifizierte Mehrheit. Danach blieb die Kommission untätig und verwies auf den damals bevorstehenden Kommissionwechsel, der abgewartet werden sollte. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) gab nun Pioneer Recht und urteilte, die Kommission habe die Anbauzulassung zu Unrecht verzögert. *av*

Kurzes am Rande

Absichtserklärung für Ablast

Die Initiative Tierwohl ist noch ein Papiertiger, beißt aber schon zu

Lange Schatten wirft die Initiative Tierwohl zumindest schon mal voraus. Während es nicht häufig so viel mediale Öffentlichkeit für eine reine Absichtserklärung gibt, und der Zeitpunkt, zu dem solches Fleisch in der Theke liegen könnte irgendwo Ende 2014, Anfang 2015 angesiedelt ist, werden für andere Branchenbeiträge die Auswirkungen jetzt konkret spürbar. Der Handel ist gerade äußerst zurückhaltend, wenn es um die Einführung gekennzeichnete Produkte mit höheren Tierwohlstandards geht. „Die müssen erst wieder unter Druck kommen“, sagt Jochen Dettmer, Neuland Geschäftsführer und selber Schweinebauer, „schließlich möchten die Verbraucher erkennen, wie die Tiere gehalten wurden.“ „Der Mehrwert muss für den Verbraucher sichtbar sein“, formuliert auch Horst Lang, Leiter im Bereich Umwelt und Qualitätssicherung beim Handelsunternehmen Glo-

setzesverschärfungen aufgrund der gesellschaftlich-politischen Großwetterlage abzuwenden. Auch das schreibt er seinen Mitgliedern. Dies kombiniert mit weiteren Öffentlichkeitskampagnen, um dem Verbraucher die moderne Tierhaltung, die ja aus Sicht des Verbandes schon ganz prima ist, nahe zu bringen, sollte offenbar ausreichen, um die kritische gesellschaftliche Stimmung zu besänftigen. Tierwohl, so erklärt NRW-Bauernverbandsvertreter Johannes Röring, eigne sich jedenfalls nicht zur Marktdifferenzierung.

Preisfrage

„Es war ein geschickter Schachzug zur Wahl“, resümiert denn auch Bio- und Neulandfleischvermarkter Hugo Gödde aus NRW die Vorstellung der Initiative Tierwohl nur Tage vor der Bundestagswahl. Einerseits suggeriere man den Bauern Wahlfreiheit beim Tierwohl und



Tierwohl Initiative - wie Hackfleisch eine undurchsichtige Masse

Foto: Kunstart.net/pixelio

bus. Er ist einer der Vertreter des Handels, die die Initiative Tierwohl mindestens mit einer gewissen Skepsis betrachten. „Eigentlich toll“, aber auch eine „anspruchsvolle Herausforderung“ sei die Umsetzung, so Lang. Im globalen Markt sei es gefährlich mit Intransparenz zu arbeiten, schließlich sehe man dem Fleisch nicht an wo es herkomme. Gleichzeitig kritisiert er, dass mit so einer Initiative „Nischen, in denen die Bauern einen deutlichen Mehrwert erwirtschaften können, verloren gehen“. Aus Sicht der Bauern sei es fraglich, ob die erhöhten Produktionskosten wirklich wieder rein kämen.

Keine Gesetzesverschärfungen

Der Bauernverband als Mitinitiator der Initiative Tierwohl mutmaßt in einem internen Schreiben gegenüber seinen Mitgliedern noch, letzten Endes werde der Verbraucher die Mehrkosten über einen höheren allgemeinen Fleischpreis zahlen. Viele Bauern und Bäuerinnen fürchten allerdings am Ende selbst draufzulegen. Auch wenn der DBV das insgeheim vielleicht sogar ähnlich sieht, ist es ihm wichtig, mit dem Signal des eigenverantwortlichen Handelns, eventuell drohende Ge-

gleichzeitig habe man politischen Druck aus dem Thema genommen. Dabei dürfe man nicht verkennen, dass in der Fleischvermarktungsszene Tierwohl oder Nachhaltigkeitsdebatten eigentlich nur Randthemen seien. Nach wie vor werde 90 % des Fleisches über den Preis verkauft so Gödde, und in Deutschland meist zu Dumpingpreisen. „Bei uns geht 70 % des Thekenfleisches in Angebotsaktionen weg, das ist in den Nachbarländern anders.“ Über Jahrzehnte wurde hier gerade im Fleischbereich eine Geiz-ist-geil-Mentalität herangezogen, der sich nur wenige entziehen. Besonders im Supermarkt ist es schwierig, etwas anderes als den Preis zu kommunizieren. Deshalb hat Neuland immer auf andere Handelspartner gesetzt, und auch das Fleisch mit dem Tierwohllabel des Tierschutzbundes hat es wohl gerade deshalb nicht leicht. Trotzdem müssen Verbraucher, die etwas anderes wollen, die Möglichkeit bekommen zu erkennen, was sie kaufen. Ein Ablasthandel an der Fleischtheke, wie ihn die Initiative Tierwohl möchte, wird wohl kaum zur Aufbesserung des sowieso schon angeschlagenen Images der Fleischindustrie und der „modernen Tierhalter“ beitragen. *cs*

Wohin des Wegs mit der Agrarkultur?

Weltweit wird um die Ausrichtung zwischen bäuerlich und industrieabhängig gerungen

Auf internationaler Ebene geht es um die Deutungshoheit, welche Ausrichtung der Landwirtschaft in der Lage und somit zu unterstützen ist, um den drängenden weltweiten Herausforderungen gewachsen zu sein: die Versorgung mit ausreichend Nahrungsmitteln, der Umgang mit dem Klimawandel und seinen Folgen sowie die nachhaltige und gerechte Nutzung endlicher oder lebender Ressourcen. Die G8 Staaten, als Zusammenschluss der größten Wirtschaftsnationen, haben gemeinsam mit einigen der größten Agrarkonzernen eine „Allianz zur Ernährungssicherung in Afrika“ geschlossen. Erklärtes Ziel ist die Entwicklung der Landwirtschaft durch private Investitionen. Wie nebenbei ergeben sich die Eröffnung neuer Märkte und Umsatzsteigerungen für die weltumspannenden Unternehmen. In dieses Bild passt auch die industriefreundliche Entscheidung des World Food Prize (Welternährungspreis), der Mitte Oktober an drei Biotechpioniere rund um die Gentechnikforschung verliehen wurde. Die EU hatte den Reformprozess ihrer Agrarpolitik mit Ideen begonnen, die zu einer Neuausrichtung gepasst hätten – mit gerechterer und Gesellschaftsansprüchen genügender Verteilung des Haushaltsgeldes. Doch die über all dem stehenden wirtschaftlichen Maßgaben „Wachstum und

wettbewerbsfähige Produktion zur Konkurrenz auf den Märkten der Welt“ haben den Kurswechsel auf den Einbau ein paar neuer Gedanken reduziert. Die Ausgestaltung bleibt den Mitgliedsstaaten und ihren Prioritäten überlassen. Für Deutschland stellt sich also die Frage, in welcher Konstellation demnächst regiert wird – und wie da die Kräfte aufgestellt sind, die gegenüber einem „Weiter so wie bisher“ eine andere, bäuerliche Vorstellung von der Entwicklung der Landwirtschaft einbringen.

International vernetzt

Wie sieht es global aus mit Fürsprechern einer regional eingebundenen, auf Kreisläufe und unabhängige Entwicklung setzende Landwirtschaft? An erster Stelle ist hier die Kleinbauernbewegung La Via Campesina (Der bäuerliche Weg) zu nennen, die sich als Zusammenschluss von 164 Bauernorganisationen aus 79 Nationen vernetzt und auf internationalem Parkett eine hörbare Stimme ist. Das hat die FAO, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN, nun offiziell anerkannt und Mitte Oktober eine Kooperationsvereinbarung besiegelt. Dadurch soll die Partizipation in politischen Prozessen unterstützt und der Austausch zu Themen von gemeinsamem Interesse, wie Saatgut, Landrechte und agraröko-



Jung und Alt: Alle sind an der Herkunft ihres Essens interessiert.

Foto: Kirchner

logische Praktiken, gefördert werden. „Dies ist ein wichtiger Schritt vorwärts, bezüglich unserer Anstrengungen die UN-Institutionen und Regierungen zu einem Politikwechsel im Sinne der Ernährungssouveränität zu bewegen“, kommentierte Elizabeth Mpfu, Bäuerin aus Zimbabwe und General-Koordinatorin von La Via Campesina. Fast zeitgleich erschien ein Bericht der UN-Konferenz zu Handel und Entwicklung (UNCTAD), der in der entwicklungs-politischen Zeitschrift *welt-sichten* als „flammendes Plädoyer für die weltweite Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft“ bezeichnet wird. Die von Fachleuten aus aller Welt beige-

steuerten Texte lesen sich fast wie eine Ergänzung zum nach wie vor aktuellen Weltagrarbericht. Die UNCTAD Publikationen dienen der Meinungsbildung und haben kein eigenes politisches Gewicht – die Wirkung hängt von ihrer Verbreitung ab und wer sich an den Inhalten orientiert. Das nächste Jahr, 2014, wurde von der UN offiziell als weltweites Jahr des bäuerlichen Familienbetriebs ausgerufen. Eine politische Vorlage, um an offiziellen Stellen nachzufragen, ob die Belange bäuerlicher Landwirtschaft angemessen vertreten und vor allem gegenüber der Marktmacht von Industrieunternehmen ausreichend geschützt werden. *cw*

Agrarpolitik bleibt Thema für viele

Leute in Berlin und der Republik

Nun ist die Welt auf dem Land also wieder in Ordnung. Nachdem Anfang des Jahres den Grünen kurzzeitig mehr Agrarkompetenz zugesprochen wurde als der Union, wird das überraschende Abschneiden vieler CDU/CSU-Kandidaten bei der Bundestagswahl als Rückkehr der Wähler zu deren agrarpolitischen Kurs gewertet. Neue alte Abgeordnete wie der bisherige agrarpolitische Sprecher der Fraktion Franz-Josef Holzenkamp oder der Nordrhein-Westfale Johannes Röring sind die offensichtlichsten Vertreter der industriefreundlichen Bauernverbandslinie, mit entsprechenden Posten bei Verband und Industrie. Da schmerzt auch der Verlust der FDP-Abgeordneten mit ihrer ausgeprägten agrarindustriellen Linie wenig. Lediglich in der Frage der Gentechnik fehlen sie der Union wodurch die unter Umständen dazu gezwungen wird, sich in Zukunft eindeutiger zu positionieren. Da Holzenkamp als seine vordringlichste Aufgabe die positive

Kommunikation der modernen Landwirtschaft, kommt er um das Thema Gentechnik nicht umhin.

Die SPD hat mit ihrem bisherigen Agrarsprecher Wilhelm Priesmeier, der sein Direktmandat verteidigen konnte, auch einen Vertreter im Bundestag, der sich in der Vergangenheit nicht unbedingt für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft positioniert hat.

Effektive Großbetriebe

Priesmeiers Haltung kombiniert mit zwei maßgeblichen agrarpolitischen Bestimmern in der SPD, dem Bauernverbandsmilchpräsidenten Udo Folgart, der im brandenburgischen Landtag sitzt und Till Backhaus, dem Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, ergibt – immer mit dem Argument der besonderen Schutz benötigenden, effektiven Großbetriebe – eine eher industrielle Linie. Dabei wird weder anerkannt, dass es sehr wohl bäu-

erliche Betriebe im Osten gibt, noch wird begründet, warum den Großbetrieben besondere Unterstützung zuteilwerden muss, wenn sie doch schon so effektiv wirtschaften?

Auch Licht

Nach der zunächst etwas düsteren Bilanz aus bäuerlicher Sicht, gibt es, Demokratie sei dank, auch andere agrarpolitische Stimmen. In der Union meldete sich in der Agrarreformdebatte Hans-Georg von der Marwitz aus Brandenburg mit Umverteilungsforderungen zu Gunsten bäuerlicher Betriebe zu Wort. Direktmandatsgewinner von der Marwitz positionierte sich auch bei Auseinandersetzungen um Saatgut und Nachbaurechte auf Seiten der Bauern. Dort befindet er sich in Gesellschaft der beiden SPD-Abgeordneten Elvira Dobrinski-Weiß und Matthias Miersch. Die bisherige verbraucherpolitische Sprecherin ihrer Fraktion hatte zur Gentechnik bereits eine kritische Haltung,

als das noch nicht bei all ihren Parteikollegen so war. Und Miersch, der als Anwalt erfolgreich Bauern und Bäuerinnen in den Nachbaurechtsstreitigkeiten vertreten hat und nun zum zweiten Mal als Direktkandidat in den Bundestag gewählt wurde, ist ein ausgewiesener, kritischer Saatgut- und Patentexperte. Auch bei den Grünen, gibt es fundierte Agrarpolitiker mit bäuerlichem Blick. Allen voran der bisherige agrarpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, der AbLer und Biobauer Friedrich Ostendorff, ein Praktiker, der weiß wovon er spricht. Der Veterinärmediziner und Gentechnikexperte Harald Ebner ist als agrarindustriekritische Stimme wieder dabei. Und schließlich sind es Landtagsabgeordnete wie Axel Vogel in Brandenburg und die inzwischen fünf grünen Agrarminister, die über Bundesratsinitiativen, wie beispielsweise die jüngste zu nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform, zumindest hin und wieder bäuerlich gestaltend hervortreten. *cs*

Wahlnachlese: Die Zivilgesellschaft muss es richten

Die Grünen auf Bundesebene haben im Wahlkampf agrarpolitische Chancen nicht genutzt, aber Porzellan zerbrochen

Nun also wieder Große Koalition. Die Agrarpolitik von Merkel-CDU mit Seehofer/Aigner-CSU ist uns bestens bekannt. Es ist eine Politik, die dem Geschäft einen möglichst freien Weg verschaffen will. Einige sagen dazu „Markt“. Es ist wohl eher die Förderung derjenigen, die an den heimischen Märkten ohnehin schon in der Position des Stärkeren sind und am längeren Hebel sitzen. Die Agrarpolitik der Union, mindestens der CDU, orientiert sich an den Interessen der Ernährungs- und Agrarindustrie. Drei Beispiele:

Agrarpolitik der Union

1) Milch: In den harten Auseinandersetzungen der letzten Jahre um die Regeln am Milchmarkt stand diese Union seit dem Seehofer'schen Wortbruch nach dem Milchgipfel von 2008 untrennbar an der Seite der exportorientierten Milchindustrie. Galt Deutschland früher in Brüssel als Vermittler zwischen den nordeuropäischen Markt-Liberalisierern und den Markt-Interventionisten, so steht Berlin nun mit an der Spitze der Marktprediger.

2) Tierschutz: In der Auseinandersetzung, die Nutztierhaltung auch am Bedürfnis der Tiere auszurichten, folgen die Unions-Parteien ebenfalls den Interessen der immer stärker auf Auslandsabsatz fokussierten Industrie. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Fleischindustrie ja nicht zu gefährden, erklären CDU/CSU den Tierschutz zu einem teilbaren Gut. Mehr Tierwohl, das was kostet, soll es nur für einen kleinen, gerne auch wachsenden Inlandsmarkt geben. Damit aber das Kostenniveau nicht auch für den Massen-Export steigt, wird ein wirksames Anheben der gesetzlichen Standards für alle abgewehrt, so lange es geht.

3) In der aktuellen EU-Agrarreform war die Merkel-Regierung der mächtigste Gegenspieler von Agrarkommissar Ciolos. Das gilt sowohl für das Greening, also der Bindung der Direktzahlungen an die Einhaltung von übergesetzlichen ökologischen Mindeststandards, als auch für die Maßnahmen, die für eine „gerechtere“ Verteilung der Gelder zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben sorgen sollten: Kürzung und schließlich Kappung der Direktzahlungen bei sehr großen Betrieben mit wenig Arbeitskräften. Christ-Demokraten und Christ-Soziale haben in Brüssel alles daran gesetzt, wirksame Vorgaben zur Wahrung von Schöpfung und Gerechtigkeit zu blockieren. Ciolos hat das Grundgerüst zwar retten

können, aber zu dem Preis weit geöffneter nationaler Spielräume in der Umsetzung der Reform. Das Aigner-Konzept für diese Umsetzung in Deutschland fiel entsprechend aus: Es soll sich möglichst wenig ändern, der Teufel soll das Steuergeld weiter auf den größten Haufen schütten. Auch den größten Bodenspekulanten soll für jeden Hektar die volle, ganz aus Steuergeld finanzierte Prämie serviert werden. Die Merkel/Seehofer-Union sieht sich zwar genötigt, das alles auch noch als „Politik zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft“ zu überschreiben, glaubwürdig ist sie damit aber nicht.. Auf der anderen Seite gibt es in CDU und CSU auch Mandats- und Funktionsträger, die für eine ziemlich andere Agrarpolitik eintreten, die bäuerliche Werte ernst meinen, wenn sie darüber reden. Es gibt sie in West und Ost. Aber bei



Gesellschaftliches Engagement gegen industrielle Landwirtschaft: 2013 in Wietze Foto: Nürnberger

den großen Weichenstellungen bleiben sie bisher außen vor.

SPD kein Korrektiv

Zur SPD fällt die Geschichte kürzer aus. Das diesjährige Wahlprogramm der 150 Jahre alten Partei enthält zwar den Satz „Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft“. Aber in der Praxis wird sozialdemokratische Agrarpolitik im wesentlichen bestimmt von den zwei SPD-Ministern Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern und Vogelsänger aus Brandenburg. Diesen fehlt jede Idee von einer Politik, die gezielt einen umgekehrten Strukturwandel einleitet hin zu einer mittelständischen, bäuerlichen Landwirtschaft in mehr eigenständigen Betrieben mit mehr Wertschöpfung und mehr Arbeitskräften. Und wenn sie von so einer Idee hören, arbeiten sie gleich mit ganzer Kraft dagegen. Ihre Agrarpolitik ist passgenau ausgerichtet auf die Bedürf-

nisse derjenigen Agrarunternehmen, die aus den ehemaligen LPG'en hervorgegangen sind. Große Koalition können diese Herren bestens, auch wenn der eine in Brandenburg noch bis Herbst 2014 mit der Linken koalitiert. (Übrigens trägt die Linke diese Politik voll mit.) Nun also Große Koalition in Berlin aus dieser Union und dieser SPD, aus der heraus niemand .. der Kanzlerin und den Bauernverbandsnahen in CDU/CSU/SPD einen Kurswechsel abringen, abverhandeln, abnötigen wird.

Schwache Grüne

Die Grünen haben entschieden, einen solchen Versuch nicht zu unternehmen: Nach zwei Sondierungsgesprächen mit der Union haben sie abgewunken. Die Grünen sagen, sie fühlen sich zu schwach, um der Union in Koalitionsverhandlungen Fortschritte abzurufen.

Mag sein, auch wenn das komisch klingt. Schließlich waren die Grünen noch nie zuvor in sechs Bundesländern gleichzeitig mit in der Regierung. Sicher, das beeindruckt eine Kanzlerin Merkel nur bedingt, wenn sie auch die SPD bekommen kann, die im Bundesrat sogar eine Stimmenmehrheit gegen die Union organisieren kann. Es gibt also eine objektiv schlechtere strategische Ausgangslage für die Grünen als für die SPD, die Union in Verhandlungen zu ziehen. Aber sollen die Grünen deshalb warten, bis die Union eine eigene Mehrheit im Bundesrat hat? Das verbessert die Position für die Union, nicht für die Grünen. Bleibt also nur, dass die Spitzen-Grünen darauf warten, mindestens parallel nicht nur mit der Union, sondern auch mit SPD und Linke zusammen über eine Koalition verhandeln zu können. Damit begeben sich die Grünen nicht nur wiederum ganz in die Hand der SPD, die mit den

Linken nicht will. Sondern hier setzt sich die selbst gewählte Ausrichtung der Grünen möglichst „links“ der SPD fort. Für diese Ausrichtung stand vor allem Trittin, aber er ist damit ganz und gar nicht alleine.

Selbst geschwächt

Agrarpolitisch haben sich die Grünen im Bundestagswahlkampf selbst geschwächt. Auch im Feld der Landwirtschaftspolitik haben die Grünen an Zuspruch, Vertrauen, Kompetenz erheblich verloren. Dabei war die Ausgangslage besonders auf diesem Feld ausgesprochen vielversprechend. Bei der Landtagswahl im Januar 2013 in Niedersachsen, dem selbst ernannten Agrarland Nummer eins, hatten die Grünen um den heutigen Agrarminister Christian Meyer es hinbekommen, von den Wählern in Landwirtschaftsfragen als kompetenter eingestuft zu werden als die CDU. Auch auf dem Land haben die Grünen bei der Wahl im Januar gute Ergebnisse eingefahren. Seitdem gestalten fünf Grünen-Minister in fünf westdeutschen Flächenländern die Agrarpolitik. Was für ein Pfund, was für ein Potenzial. Aber es gab in der Berliner Grünen-Spitzen damit keinen richtigen Umgang, zumindest keinen strategischen, es blieb bei einer Parallelveranstaltung. Trittin, Roth, Künast, Özdemir erklärten sich selbst zu Fachleuten und plapperten munter drauf los, fuhren zu den Demos der Bewegung und quatschten in jedes Mikrofon. Die Trittin'schen „Drogendealer im Stall“ und die Özdemir-Verirrung mit dem „Rüssel-Abschneiden“ bei den Schweinen sind nur die größten Ausrutscher. Vor allem kam wieder die alte Haltung zum Vorschein: Hau die Bauern, dann kriegst Du die Städter. Das war schon falsch, als Künast Bundesministerin war. Aber auch dank der intensiven Bündnisarbeit, in die sich viele Bäuerinnen und Bauern in den letzten Jahren eingebracht haben, war diese Haltung jetzt wahltaktisch sogar kontraproduktiv. Die Gesellschaft ist viel weiter. Grün-affine Bauern schüttelten den Kopf und wurden still, die anderen wendeten sich empört ab – auch viele, die gerade erst einen Zugang zu dieser Partei gefunden hatten. Der Veggi-Day war auch so eine Verirrung: . Welche Herausforderungen in der Fleischwirtschaft, in der Tierhaltung, in der Landwirtschaft sind denn gelöst, wenn die Kantinen einen Tag fleischlos bleiben? Ernsthafte Politik sieht anders aus.

Bäuerlich für Bayern und die Welt

Den alten und neuen Ministerpräsidenten Horst Seehofer beim Wort nehmen

Nun sind die Landtags- und Bundestagswahlen vorbei, für die CSU in beiden Fällen ziemlich erfolgreich. In Bayern kann sie wieder mit absoluter Mehrheit regieren, im Bund hat sie sicher eine gute Verhandlungsbasis aufgrund ihres überproportionalen Anteils am Wahlergebnis der Union. Wir dürfen jetzt also gespannt sein, ob Parallelen zu finden sind zwischen den Aussagen vor der Wahl und dem, was jetzt auf den verschiedenen Ebenen umgesetzt werden wird. So war am 28.6.2013 im bayerischen landwirtschaftlichen Wochenblatt ein interessantes Interview mit Ministerpräsident Horst Seehofer zu lesen. Auf die Frage, wo er die drei größten Herausforderungen für die Landwirtschaftspolitik in den kommenden fünf Jahren sehe, waren folgende drei Punkte zu lesen:

1. Stärkung der bäuerlichen, bodengebundenen Landwirtschaft
2. Durchsetzung bayerischer Interessen in Berlin und Brüssel. Auch hier müsse man für die Interessen der kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe arbeiten.
3. Ein hohes Niveau bei heimischen Lebensmitteln und der Pflege unserer Landschaft sicherstellen, damit verbunden, eine Agrarstruktur von kleinen und mittleren Betrieben weiterverfolgen. Schon hier drängt sich die Frage auf, warum Horst Seehofer nicht Mitglied der AbL in Bayern ist. Aber noch deutlicher wird es bei der nächsten Frage des *Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblattes*: „Wenn Sie eine Sache in der Landwirtschaft sofort verändern könnten, welche wäre das?“ Seehofer: „Ich würde sofort die EU-Direktzahlungen für

kleine und mittlere Betriebe massiv erhöhen und für industrielle Betriebe massiv zusammenstreichen.“

Über den Tellerrand

Das wäre doch eine gute Grundlage für die Koalitionsgespräche in Berlin! Hier müsste Seehofer sein politisches Gewicht in die agrarpolitische Waagschale werfen, und nicht nur für die bayerischen Bauern, sondern für alle bäuerlich wirtschaftenden kleinen und mittleren Betriebe in Deutschland einstehen und für sie rausholen, was nur irgend möglich. 30 % Umverteilung in der ersten Säule können hier nur der Anfang sein und müssen als Minimalforderung angesehen werden. Es wäre ein großer Verdienst, wenn bayerische Impulse in Berlin zu der längst überfälligen Er-

kenntnis führen würden, welche immense volkswirtschaftliche, soziale, umwelt- und entwicklungspolitische Bedeutung die Agrarpolitik besitzt und dass im Sinne politischer Nachhaltigkeit endlich sektorübergreifend gedacht werden sollte.

Werkzeug verwenden

Dass Seehofer auf bayerischer Ebene Minister Brunner im Amt belassen hat, war sicher eine gute Entscheidung, denn dessen Programme wie BioRegio 2020 und die bayerische Eiweißstrategie weisen in die richtige Richtung. Im Bayerischen Landwirtschaftsministerium sind die Forderungen der Bayern-AbL hinlänglich bekannt: kurzfristig die Ausnutzung des von der EU ermöglichten Spiel-

raums, langfristig eine Abkehr von der Flächenprämie hin zur Berücksichtigung des Arbeitszeitbedarfs als Indikator für die Bewirtschaftungsart eines landwirtschaftlichen Betriebes. Das Werkzeug wäre also vorhanden, nun muss es nur noch verwendet werden. Und was für Seehofer in Berlin gilt, gilt für Brunner in München bei der SonderAgrarministerkonferenz am 4. November. Wir werden die bayerische Regierung an ihren Taten messen, denn politisches Gewicht hat sie allemal. Für den Erhalt bayerischer Bauern zu kämpfen, das unterstützt die Bauern in ganz Deutschland, und - wenn wirklich gute Politik gemacht wird - auch die Bauern in anderen Teilen der Welt.

Gertraud Gafus, AbL-Bayern



Die neuen, alten bayerischen Landespolitiker sollten sich zu Zugpferden bäuerlicher Agrarpolitik machen

Foto: VGMeril/pixelio

Fortsetzung von Seite 12

Grandios gescheitert

Noch eine Baustelle mit hervorragender Ausgangslage gab es, die EU-Agrarreform. Einen solchen Agrarkommissar hat Brüssel noch nicht gehabt: einen, der die Forderungen der AbL und der Verbände-Plattform, also der Bewegung, aber auch der Grünen so stark aufgreift wie eben dieser Ciolos es getan hat. Zudem war diese Reform die erste, bei der das EU-Parlament das Recht (und eigentlich die Pflicht) zur vollen Mitentscheidung hat. In keinem anderen Parlament gibt es für einzelne Abgeordnete so viel Möglichkeiten, durch intensive Arbeit und geschicktes

Agieren im mühsamen Schmieden von Kompromissen Mehrheiten für eigene Schwerpunkte zu organisieren. Den Fraktionszwang wie im Bundestag oder den Landtagen gibt es dort nicht. Doch die Grünen-Abgeordneten haben daraus nichts gemacht. Der zuständige hessische Abgeordnete Häusling spricht davon, das Parlament sei „grandios gescheitert“. Das fällt ganz auf ihn selbst zurück. Er hat in der Meinungsbildung im Hohen Haus keine Rolle gespielt – schade. Die Grünen insgesamt werden nicht umhinkommen, sich der Mühe zu unterziehen, in die fachliche Ebene einzusteigen und eigene tragfähige Konzepte, Vorschläge, Alternativen zu erarbeiten und dafür in Kompromiss-

Verhandlungen etwa im Bundesrat, aber auch im nächsten EU-Parlament wechselnde Mehrheiten zu organisieren. Die Grünen haben diese Wahl verloren. Der Bauernverband erhebt daraus den Anspruch, nun noch mehr als bisher in Berlin agrarpolitisch durchregieren zu können.

Die Zivilgesellschaft

Beim DBV gab es eine kurze Zeit sorgenvoller Aufregung, weil sich CDU/CSU womöglich doch mit den Grünen an den Koalitionstisch setzen und das Agrarressort „opfern“ könnten. Die Sorge ist vorbei. Nicht vorbei sind aber sämtliche fachliche Probleme, in die diese Eintracht von Bauernverband und Bun-

desministerium die Bauern, die Landwirtschaft, die Agrarwirtschaft insgesamt geführt hat. Die Widersprüche wachsen mit dem zerstörerischen Strukturwandel, mit dem weiteren Machtzuwachs der Agrar- und Ernährungsindustrie und dem entsprechenden Bedeutungsverlust der Landwirtschaft selbst, die immer mehr in die Rolle des reinen Rohstoff-Lieferanten gerät. Umweltprobleme (z.B. Nährstofffracht), die Tierschutzdebatte, der Verlust an Wertschöpfung und Lebensqualität in den Dörfern – all das bleibt auch nach dieser Wahl bestehen. Genauso wie eine wache Zivilgesellschaft, die auf echte Lösungen drängt und sich weiter vernetzen wird, auf dem Land und in der Stadt.

Ulrich Jasper

Essen aus dem Agroparc oder vom Bauern

Trotz steigender Bevölkerungszahlen und zunehmender Urbanisierung liegt die Zukunft nicht in einer Industrialisierung der Landwirtschaft

Wenn sich, wie in den vergangenen Monaten, vieles im Bereich Landwirtschaftspolitik um die Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik dreht, dann kann man sicher davon ausgehen, dass diejenigen, die finanzielle Interessen an diesem oder jenem Ausgang der Verhandlungen haben, an vorderster Front versuchen werden Einfluss zu nehmen. Es geht darum die politischen Rahmenbedingungen dahingehend zu beeinflussen, dass die Wirtschaftlichkeit und die Gewinnspanne des eigenen Unternehmens, der Sparte und des vertretenen Klientels möglichst hoch ausfallen kann. Aber es gibt auch eine viel grundsätzlichere, durchaus pragmatische Herangehensweise: „Wie wird die Stadt satt?“ Unter diesem Motto versuchte eine Reportage auf Arte unterschiedliche Ernährungs-Lebens- und vor allem Landwirtschaftsmodelle darzustellen. Verschiedene Akteure in Europa und Indien kamen zu Wort und hatten Gelegenheit ihre Visionen, ihr Verständnis von Landwirtschaft zu erklären. Ein schöner Film. Sehr sehenswert. Weshalb an dieser Stelle auch keine Nacherzählung folgen, sondern nur einige Thesen aufgegriffen werden sollen um zwei mögliche Entwicklungen für eine zukünftige Landwirtschaft aufzuzeigen.

Agroparcs

Dr. Peter Smeeds, Spezialist für städtische Landwirtschaft an der Universität für Lebens- und Agrarwissenschaften in Wageningen, ist ein Verfechter von Agribusinessparcs. Wie wird sich die Weltbevölkerung in Zukunft entwickeln? Wo werden die Menschen leben, wohnen, arbeiten? Wovon werden sie sich ernähren? Smeeds entwickelt sein Zukunftsbild: Jährlich ziehen 200 Mio. Menschen in die Städte. 2050 werden 50 Mrd. Menschen die Erde bevölkern. Dreiviertel davon werden in Städten leben, so seine Prognose. Diese Menschen müssen mit Lebensmitteln versorgt werden. Mehr Protein, mehr hochwertiges Gemüse, mehr Fertiggerichte, so der Forscher. Produziert werden soll all das in einer wissenschaftlich basierten Lebensmittelproduktion, ähnlich der Herstellung von Computern oder Autos. Er möchte die Vorstellung hinter sich lassen, dass „Landwirte etwas dümmliche Menschen auf dem Land waren, die dort romantische Sachen taten, die sie gerne machten.“ Derweil sieht er die Zukunft in 40! Hektar großen Gewächshäusern, die die Abwärme aus Kraftwerken nutzen und als co₂-Filter dienen könnten.

Die Tomaten wachsen auf Steinwolle. Über die Tröpfchenbewässerung werden Wasser, Dünger und Mineralien pflanzenspezifisch appliziert. Bis zu sechs mal lässt sich das Wasser wiederverwenden.

Begrenzte Offenheit

Smeeds berichtet von Widerständen, die er erlebt, weil Bauern ihr Land nicht für die, von ihm als Berater mit geplanten, Agroparcs bzw. Agrozonen zur Verfügung stellen wollen. In Indien, China, Afrika und Mexiko sieht er große Chancen für sein Modell der vertikalen Integration, dem Ausschalten sämtlicher Mittelsmänner und der faktischen Enteignung der Landbesitzer. Für Smeeds steht fest, dass Urbanisierung, das immer weitere Anwachsen der Städte weitergehen wird. Die Pro-



Wir brauchen eine gemeinsame Agrarkultur.

Foto: Jasper

duktion von Nahrung reduziert er zu einer notwendigen Dienstleistung. Bis ins Extrem getrieben hat diesen Gedanken der Wissenschaftler Mark Post mit seinem Konzept, die zukünftige Fleischproduktion rein im Labor vorstatten gehen zu lassen. Aus Stammzellen in Nährlösung soll ein fleischähnliches Substrat gezogen werden. Die erste kleine Frikadelle hat 250.000 Euro gekostet. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung und einem steigenden Fleischkonsum preist Post sein Modell, dass viel weniger Platz braucht als eine konventionelle Rinderhaltung. Auch sei die Rohstoffeffizienz verbessert, es gebe keinen Methanausstoß, kein Tierleid und keine Schlachtung.

Du bist was du isst!

Aber nicht nur vermeintliche Vordenker aus der Wissenschaft setzten sich

mit der Zukunft der Nahrungsmittelproduktion auseinander. Immer mehr Menschen, gerade auch in den Städten, machen sich Gedanken über die Herkunft ihrer Nahrung. Vielleicht ist das noch ein besonderes Phänomen in den Industrieländern, weil hier der Wohlstand auf einem Niveau angekommen ist, das es erlaubt sich über derartige Zusammenhänge Gedanken zu machen. Bei uns zu Hause stellten wir neulich beim Mittagessen fest, dass nahezu alles Zutaten aus dem eigenen Garten, unserem Acker und Stall kommen. Und das, so bemerkte unsere 16-jährige Tochter, obwohl wir gar nicht darauf angewiesen wären. Dieser Gedanke hat mich überrascht! Stimmt, wir verdienen genug, bräuchten keinen Garten, keine Landwirtschaft, könnten einfach im Lebensmittelgeschäft einkaufen ge-

Hektar, erzeugt.“ stellt Felix Löwenstein, Ökolandwirt und Buchautor fest. „Welchen Sinn würde es machen, diese Menschen aus der Landwirtschaft wegzurationalisieren und in die Slums der Städte zu treiben. Stattdessen brauchen wir eine Ökologisierung der Landwirtschaft.“ Dass es um viel mehr geht als die Versorgung von Menschen mit Nährstoffen zeigen die vielfältigen Bewegungen in den Städten. Die Prinzessinnengärten in Berlin, ein sozial, ökologisches Gartenbauprojekt, dass sich als Bildungsgarten versteht. Hier können Menschen erleben welchen Wert fruchtbarer Boden, eine Vielfalt an Saatgut, sauberes Wasser haben. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt das, sich ebenfalls in Berlin befindende, Allmendekontor. Qualität, Regionalität aber auch Kleinheit und Vielfalt garantieren Stabilität, ist man sich hier sicher. Aber auch der Austausch untereinander.

Direkter Kontakt

Der Stadt-Landbezug lebt besonders bei den Höfen mit sozialer Landwirtschaft. Menschen aus der Stadt engagieren sich, helfen beim Anbau, der Pflege und der Ernte nicht nur der eigenen Lebensmittel. Und dann gibt es natürlich die direkte Beziehung zwischen Produzent und Kunde, Landwirt und Verbraucher in Hofläden und an Marktständen. Viele Menschen wollen wissen, woher ihre Lebensmittel stammen. Unternehmen versuchen durch geschickte Werbung genau diese Bedürfnisse zu befriedigen. Allerdings ist der Graben zwischen werbegesteuerter Kundenberuhigung und der immer weiter voranschreitenden Industrialisierung der Produktion zunehmend schlechter zu verdecken, das zeigt sich, wenn unter dem Motto „Wir haben es satt“ 25.000 Menschen in Berlin für eine nachhaltige Landwirtschaft demonstrieren.

Vielfalt statt Abhängigkeit

Sicher sind Forscher wie Smeeds und Post schillernde Sternchen. Vielleicht muss man sie als Vordenker bezeichnen. Die von ihnen propagierten Landwirtschaftsmodelle könnten aber für Investoren einen großen Reiz haben. Und genau deshalb könnten die leicht als Spinnereien abgetanen Ansätze schnell einen Einzug in den Alltag finden. Je weiter die vertikale Integration vorangeschritten ist, desto größer die Spielräume und die Gewinnmöglichkeiten der verbleibenden Akteure. Wollen wir uns so abhängig machen? *mn*

Saatgutrecht erstmals im Parlament debattiert

Stellungnahmen der Verbände im Vorfeld machen Positionen deutlich

Manchmal ist die Tatsache, wer gemeinsam auf einer Presseerklärung auftritt, mindestens so aussagekräftig wie der Inhalt der Veröffentlichung selbst. So auch im Zusammenhang mit der jüngst abgehaltenen ersten Sitzung des EU-Parlamentes zur Reform der EU-Saatgutgesetzgebung. Im Vorfeld hatten sich verschiedene Verbände dazu geäußert, die European Seed Association (ESA), also der europäische Dachverband der Pflanzenzüchtungsunternehmen, tat das gemeinsam mit COPA-COGECA, der europäischen Dachorganisation der Bauernverbände. In trauter Einigkeit begrüßte man den Vorstoß der EU-Kommission ein europaweites Regelwerk einzuführen, kritisierte allerdings das Vorgehen der Kommission, viele Fragestellungen durch noch nicht näher erläuterte Verordnungen, sogenannte delegated acts, beantworten zu wollen und damit derzeit noch einen breiten Interpretationsspielraum zuzulassen. COPA-COGECA Präsident Pekka Pesonen äußerte sich noch kritisch zu der geplanten, aber auch noch nicht genauer definierten Registrierungspflicht der landwirtschaftlichen, mit Saatgut befassten Betriebe. Garlich von Essen, ESA-Generalsekretär, befürchtet durch die Einführung des sogenannten Nischenmarktes für Erhalterinitiativen und durch Ausnahmeregelungen für so-

nanntes heterogenes Material eine Aufweichung der Qualität und möchte diese Randregelungen am liebsten komplett streichen. An der Stelle wird der immense Widerspruch deutlich, der im Lobbygezerre um die neue Gesetzgebung dazu geführt hat, dass schon die Kompromisslinie eigentlich eine sehr industriefreundliche Variante ist. Eigentlich will die ESA überhaupt keine Ausnahmeregelungen, alle Sorten egal wie alt, wie neu, wie ökologisch gezüchtet wie bedeutend für die Biodiversität – sollen durch das Nadelöhr der Zulassung. Die meisten würden scheitern sind aber im Kontext der Vielfalt nicht minderwertiger als die modernen Hochleistungsarten. Das erkennt aber die ESA nicht an, will jeden noch so kleinen Parallelmarkt verhindern und behauptet, es gäbe Vielfalt genug durch tausende moderne zugelassene Sorten. Dass diese genetisch immer näher beieinander liegen, sagt von Essen nicht. Stattdessen pochen er und die nationalen Züchterverbände vehement auf den Erhalt des Züchterprivilegs, einen „barrierefreien Zugang“ der Züchter zu den genetischen Ressourcen. Auf der anderen Seite formulierten die Saatgutinitiativen und die Ökozüchter ihre Ansprüche auf einen sehr offenen Zugang ihrer Sorten zum Saatgutmarkt und eine stärkere Konkretisierung des Kommissionsvorschlages im Vorfeld der ersten Debatte zum Thema im Agrarausschuss des europäischen Parlamentes.

Verschiedene Sichtweisen

Auf Seiten der Parlamentarier gibt es differenzierte Betrachtungsweisen, die in der Debatte deutlich wurden. Der italienische Berichterstatter des Ausschusses, Sergio Silvestris von der rechtskonservativen Partei des ehemaligen Staatschefs Silvio Berlusconi, pflichtet dem Vorschlag der Kommission mehr oder weniger mit den Worten von ESA-Chef von Essen bei und verweist auf „verlässliche Rahmenbedingungen.“ Es gehe um Entbürokratisierung und Vereinfachung,

trotzdem solle eine verbindliche Zulassung von Saatgut beibehalten werden, wenngleich gebündelt und unter Umständen von privatwirtschaftlichen Stellen aus. Kritische Stimmen gab es erwartungsgemäß vom grünen Abgeordneten Martin Häusling, der den drohenden Verlust der Biodiversität und weitere Konzentration im Saatgutmarkt thematisierte. Weniger erwartet hätte man kritische Anmerkungen von Britta Reimers (FDP) aus der liberalen EP-Fraktion, die die Frage aufwarf, ob eine einheitliche EU-Regelung wirklich zielführend sei. Außerdem griff sie an, dass durch die große Zahl der geplanten delegated acts dem Parlament weitestgehend die Möglichkeit der Mitgestaltung genommen werde. Auch der österreichischen Sozialdemokratin Karin Kadembach ist der Gesetzesvorschlag bislang zu wenig konkret und sie forderte zudem Regelungen, die für mehr Transparenz bei den Züchtungsmethoden sorgen sowie für Freiheit für Kleinerzeuger. Die schleswig-holsteinische SPD-Abgeordnete Ulrike Rodust bat Berichterstatter Silvestris um die schriftliche Beantwortung diverser Fragen, beispielsweise ob es richtig ist, „dass der Anwendungsbereich der Gesetzgebung allein für den kommerziellen Anbau und oberhalb bestimmter Mengen beschränkt bleibt?“ Und sie möchte auch geklärt sehen, wie es um eine Definition der Größe der Gärtnereien oder der landwirtschaftlichen Betriebe steht, denen der Austausch von Saat- und Pflanzgut freigestellt werden soll. Des Weiteren fragt sie nach einer möglichen freiwilligen Marktzulassung traditionell gezüchteter Sorten, sofern darauf kein geistiges Eigentum beansprucht werde, und einem Verfahren amtlicher Marktzulassung im Bereich der Ökozüchtung. Rodust formuliert damit gezielt die Fragen, die die alternative Züchter- und Erhalterszene formuliert hat. Auf die offiziellen Antworten darf man nun gespannt sein. cs

Milch-Müllers „Saatgut“

Als „nicht schlecht“ bewertet der Milchbaron Theo Müller sein Leben im steuerfreundlichen Schweizer Exil. Laut Aussage in einem Interview mit der WELT ist der Grund für den Wegzug aus Deutschland die hohe Erbschaftssteuer gewesen. Ein Lob zollt Müller der früheren rotgrünen Bundesregierung für deren massive Steuersenkungen im Rahmen der „größten Steuerreform aller Zeiten“. Jetzt aber befürchtet Müller erneute Steuererhöhungen – obwohl es doch absurd sei, den Unternehmern ihr Kapital wegzunehmen. Müller, der beim Milchstreik gegen Milchpreisdrückerei massiv gegen demonstrierende Milchbauern vorging, entdeckt nun doch Parallelen zum Bauern: „Weil Kapital für einen Unternehmer das ist, was beim Bauern das Saatgut. Wenn man es ihm wegnimmt, gedeiht nichts mehr. Es gibt keinen Fortschritt mehr.“ Schließlich sei es „ein Irrtum, wenn man ausgerechnet jenen das Geld wegnimmt, die eigentlich am besten damit umgehen können, nämlich die Unternehmer“ – und zwar besonders jene, „die ein bestimmtes Maß an Reichtum erreicht haben.“ Letzteres kann man von milchviehhaltenden Unternehmern nicht behaupten – sie müssen sich wohl damit trösten, dass das ihnen vorenthalte Milchgeld in den Händen des reichen Theo Müller besonders viel volkswirtschaftlichen Segen stiftet. en



Der ESA ein Graus: Vielfaltsaatgut in vielen Händen

Foto: SOS/Zukunft säen



Absage von Backhaus

Es käme dem offenen Aufruf zum Diebstahl gleich, verkündete Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD), würde man den zulassungsfreien unbeschränkten Handel mit Sorten aus konventioneller Züchtung – ohne Gentechnik, ohne Zellfusionstechnik – ermöglichen. Sich genau dafür einzusetzen um „Saatgutvermehrungsbetriebe mit ökologischem Profil zu stärken“ hatten die Grünen im Schweriner Landtag von ihm gefordert. Backhaus sollte sich stark machen, für eine Überarbeitung der EU-Saatgutgesetzgebungsvorschläge der Kommission. Backhaus erteilte dem eine klare Absage mit dem Hinweis, er vertrete die Interessen aller Erzeuger Mecklenburg-Vorpommerns. cs

Kleinbäuerliche Landwirtschaft im Süden Brasiliens

Durch gezielte Förderprogramme unterstützt das auf Exporte von Cashcrops ausgerichtete Agrarland bäuerliche Familienbetriebe.

Brasilien ist das fünftgrößte Land der Erde und hat mittlerweile in den sog. „G-20“ Runden eine wichtige Position als stark aufstrebende Wirtschaftsmacht, sein Exportvolumen steigt stetig. Brasilien ist bekannt für Großgrundbesitz und Landlosenbewegung. Was weniger bekannt ist und deshalb im Fokus des Artikels stehen soll, ist dass es in Brasilien noch ca. 4,5 Mio. bäuerliche Familienbetriebe gibt, die durchschnittlich 18 Hektar bewirtschaften. Nur in China und Indien gibt es mehr bäuerliche Betriebe als in Brasilien. Vor allem im Süden Brasiliens gibt es noch viele Kleinbauern, deren Vorfahren vor ca. 200 Jahren größtenteils aus Europa nach Brasilien kamen.

den subventioniert - für den Saatgutkauf von traditionellen Nahrungsmittelpflanzen gab es keine Kredite. Viele Betriebe gerieten in einen Schuldenkreislauf. Konnten sie ihre Schulden nicht abbezahlen, mussten sie Land verkaufen. Die Betriebe schrumpften. Durch die Rationalisierung wurden immer weniger Arbeitskräfte gebraucht. Viele junge Leute wanderten in die Städte ab. Dies führte zu den großen Bauerdemonstrationen, die Anfang der 1980er Jahre trotz der Militärdiktatur stattfanden.

bäuerlichen Landwirtschaft

Lange Zeit gab es in Brasilien nur das die Großgrundbesitzer stützende Land-

Betriebe Brasiliens anerkannt. Parallel zu den Förderprogrammen zur Unterstützung der bäuerlichen Strukturen wurde ein Programm zur Lebensmittelbeschaffung (PAA) und das Lebensmittelversorgungsprogramm für Schulen (PNAE) eingeführt. In Brasilien bekommen Kinder, die staatliche Schulen besuchen, umsonst eine warme Mahlzeit pro Tag. Früher wurden die Küchen aus Produkten der transnationalen Agrarindustrie bestückt. Heute sind die Schulen und staatlichen Einrichtungen, wie Krankenhäuser, gesetzlich verpflichtet, mindestens 30 % ihrer Lebensmittel direkt von Kleinbauern zu beziehen. Dazu kauft die nationale Organisation CONAB Erzeugnisse der Familienbetriebe auf, die dann an die staatlichen Einrichtungen weiter gegeben werden. Die CONAB hat ihr Budget von 2003 bis 2011 von 43,5 Mio. auf 210 Mio. US-Dollar erhöht. Hier ist die staatliche Unterstützung der Kleinbauern unmittelbar wirksam und sichert das Einkommen der Kleinbauern.

Hilfe für Kleinbauern

Auch das Null-Hunger-Programm, 2003 vom damaligen Präsidenten Lula de Silva eingerichtet, hat Millionen Menschen vom Hunger befreit und vielen Kleinbauern durch die staatlichen Aufkauf-Programme zu bescheidenem Wohlstand verholfen. Stig Tanzmann von Brot für die Welt sieht in den staatlichen Aufkauf-Programmen eine Möglichkeit für die Familienbetriebe, aus dem Schuldenkreislauf auszusteigen: „Es ist ein wegweisendes Modell, das viel besser funktioniert als andere Entwicklungsprogramme, die ich kenne.“

Vor allem weil es dem ländlichen Raum eine langfristige und ganz anders geardete Perspektive bietet. Familienbetriebe haben so die Möglichkeit, lokale Absatzmärkte zu erschließen, auf denen sie eine Vielfalt an Feldfrüchten absetzen können.“ In einem weiteren Förderprogramm unterstützt der Staat Betriebe, die lokales Saatgut vermehren, indem er die Abnahme des Saatguts sichert und dies dann an andere Betriebe weiter verteilt. Das erste zertifizierte ökologische Gemüsesaatgut Brasiliens wurde so produziert. Allein 2011 sind, laut Brot für die Welt, 4,5 Mio. US-Dollar für regional angepasste Sorten investiert worden. Tanzmann: „Auch von diesem Modell Brasiliens können wir viel lernen: Brasilien hat Saatgutzüchtung und Entwicklung als eine gesellschaftliche Aufgabe erkannt und unterstützt diese, anstatt die Züchtung alleine den Profitinteressen der Saatgutkonzerne zu überlassen.“

Die staatlichen Unterstützungsprogramme laufen vor allem im Süden Brasiliens. Natürlich nicht ohne Spannungen mit den Großgrundbesitzern. In nördlicheren Regionen berichten Partnerorganisationen von Brot für die Welt, dass die Großgrundbesitzer versuchen, den Zugang von Kleinbauern zu den staatlichen Aufkaufprogrammen zu verhindern. Es ist ein erster Erfolg der Bauernproteste, dass vor allem im Süden Brasiliens ein agrarpolitischer Wandel stattfindet.

Annemarie Volling

Die Dissertation „Bäuerliche Landwirtschaft im Süden Brasiliens“ von Paulo Alfredo Schönardie ist im oekom-Verlag erschienen.



Maniok vom eigenen Acker

Foto Ascom /MDA

Der brasilianische Staat hatte das Land vermessen und in 25 Hektar große Betriebe aufgeteilt. Das Land - oder vielmehr die subtropischen Waldgebiete und das Grasland - konnten die Auswanderer kaufen und urbar machen. Sie betrieben Subsistenzwirtschaft und bauten lokale Märkte auf.

Grüne Revolution

Die Modernisierung der Landwirtschaft Brasiliens begann Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie wurde von außen eingeführt und gelenkt. Ziel war es, Brasilien an den kapitalistischen Agrarmarkt anzupassen und internationale Konzerne zu bedienen. Die Kreditvergabe war auf „Modernisierung“ ausgerichtet. Finanziert wurden vor allem Maschinen, Saatgut, Düngemittel und Pestizide. Soja und Weizen-Saatgut wur-

wirtschaftsministerium MAPA. Vor mehr als zehn Jahren wurde ein zweites Ministerium für die ländliche Entwicklung gegründet, das MDA. Dessen Finanzvolumen ist wesentlich kleiner als das des MAPA, dennoch hat es wirkungsvolle Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes gestartet und fördert damit explizit die Kleinbauern. Von der Unterstützung beim Landerwerb, für bäuerliche Investitionen bis hin zur Absatzförderung der bäuerlichen Erzeugnisse auf lokalen Märkten reichen die Hilfen. Für Paulo Alfredo Schönardie, der seine Doktorarbeit über „Bäuerliche Landwirtschaft im Süden Brasiliens“ verfasst hat, sind die staatlichen Programme ein Teil der „Wiederbelebung der bäuerlichen Landwirtschaft“. Erstmals wurden damit die über 4,5 Mio. kleinbäuerlichen

Brasilien:

Brasilien hat eine Fläche von über 850 Mio. ha. Die landwirtschaftliche Nutzfläche beträgt zwischen 360 und 410 Mio. ha. Davon werden ca. 60 Mio. ha zum Ackerbau verwendet. Die Betriebsgrößen sind sehr unterschiedlich: Im Südosten betragen sie ca. 100 - 500 ha, in Zentralbrasilien ca. 10.000 - 20.000 ha, teilweise gibt es auch Betriebe mit mehr als 100.000 ha.

Nach der offiziellen brasilianischen Landwirtschaftszählung (2006) gibt es 4,37 Mio. landwirtschaftliche Familienbetriebe. Schönardie geht davon aus, dass es wesentlich mehr sind. Die Familienbetriebe stellen 84,4 % der brasilianischen Landwirtschaftsbetriebe mit über 80 Mio. ha Besitz (oft schlechtes, unproduktives Land), das sind 24,3 % der landwirtschaftlichen Fläche Brasiliens. Demgegenüber stehen 15,6 % der Betriebe von Großgrundbesitzern, die 75,7 % der Fläche bewirtschaften. Durchschnittlich verfügt jeder Familienbetrieb über 18,37 ha Land. Die landwirtschaftlichen Familienbetriebe bewirtschaften im Schnitt 18,37 ha und tragen damit maßgeblich zur Ernährungssicherheit des Landes bei. Sie erzeugen bspw. 87 % der Maniok und 77 % der schwarzen Bohnen. Die Großgrundbesitzer bauen hauptsächlich Exportmonokulturen wie Soja und Zuckerrohr an.

Soja als Erfolgsmodell in Afrika?

Brasilien und Japan wollen Landnutzungskonzept nach Mosambik übertragen

Eigentlich hat Mosambik seit Ende der 90er Jahre ein sehr innovatives Landgesetz, das unter Beteiligung der Zivilgesellschaft entwickelt wurde: Zentraler Punkt ist, dass das Land zunächst Eigentum des mosambikanischen Staates ist - die lokalen Gemeinden aber aufgrund von Traditionen und bestehender Landnutzung Zugang und Kontrolle zu ihren Flächen haben. Dieses Recht zur Nutzung kann bei Interesse der Nutzer jederzeit in offizielle, registrierte Landtitel umgewandelt werden. Bei jeglicher Berührung der Interessen der ansässigen Bevölkerung durch geplante Veränderungen, muss ihnen das Recht zur Anhörung und zum Einspruch gewährt werden. So fasst der Mosambikaner Calisto Ribeiro die Grundlage für die Arbeit der Bauernorganisation ORAM (Ländliche Organisation zur gegenseitigen Unterstützung) auf portugiesisch, der mosambikanischen Amtssprache, zusammen. „Wir unterstützen Kleinbauern dabei ihre Landrechte wahrzunehmen“, erklärt er. Denn die Regierung vergibt zunehmend Land an Investoren.

Ausverkauf von Land

Aktuell sorgt die Umsetzung des Projektes „ProSavana“ im fruchtbaren Norden Mosambiks für Aufmerksamkeit, weil dafür bis zu sechs Mio. Hektar zur Verfügung gestellt werden sollen - und die Zivilbevölkerung bis zur Ver-

öffentlichung des Masterplans im März 2013 in keinerlei Weise eingebunden oder über das Vorgehen informiert wurde. Es soll ein Entwicklungsprojekt wie sein Vorbild „ProCeder“ in der brasilianischen Region Cerrado werden, wo in großem Stil Exportprodukte wie Soja, Baumwolle und Mais in Monokulturen eingeführt wurden. Die gleichen Unternehmen und offiziellen Stellen Brasiliens und Japans sind beteiligt, um bei ähnlichen klimatischen Verhältnissen Soja, Baumwolle, Mais und Maniok anzubauen. Die mosambikanische Regierung verspricht sich eine Modernisierung ihrer Landwirtschaft. Die Sicht von Carlos Ernesto Augustin, Präsident der Baumwollproduzenten im Cerrado, gibt die Zeitschrift *weltsichten* so wieder: „Mosambik ist ein Mato Grosso mitten in Afrika. Land kostet fast nichts, es gibt dort weniger Umweltauflagen und der Exportweg nach China ist kürzer.“ Organisationen wie ORAM sehen in dieser Art „Entwicklungsschub“ keine Vorteile für die Bevölkerung, sondern befürchten Landvertreibungen, Armut und Umweltzerstörung. Vernetzt mit brasilianischen Kleinbauernbewegungen sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen und Wissenschaftlern aus Japan wehren sie sich gegen den Top-Down Ansatz von ProSavana - und fordern die Unterstützung der lokalen bäuerlichen Landwirtschaft. *cu*

Kurzes am Rande



Demonstration vorm Patentamt in München

Foto: Argum/Heller

Patentamt: Demokratiefreie Zone

Anlässlich des Welternährungstages und einer Tagung des Verwaltungsrates des Europäischen Patentamtes (EPA) forderte ein breites Bündnis aus Bauern und Zivilgesellschaft das Amt zu einem klaren Kurswechsel auf. Die nach wie vor angewendete Praxis Pflanzen und Tier zu patentieren, müsse dauerhaft beendet werden. Zwar hatte der Präsident des Europäischen Patentamtes im September überraschenderweise die Vergabe von weiteren Patenten auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere gestoppt - allerdings nur vorübergehend, bis eine Entscheidung der Großen Beschwerdekammer über die strittigen Patentfälle (Brokkoli und Tomate) gefallen sei. Die Kampagne „No patents on seeds“ kritisiert, dass in den vorangegangenen Monaten das Patentamt wiederholt Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen erteilt und damit den ausdrücklichen Willen der Zivilgesellschaft aber auch des EU-Parlaments und des Bundestages ignoriert. Das EPA sei eine „demokratiefreie Zone“ erklärte das Bündnis. Der Verwaltungsrat, das aus Vertretern der 38 Unterzeichnerstaaten des Europäischen Patentübereinkommens zusammengesetzte höchste Kontrollgremium des Europäischen Patentamtes, solle von seiner Möglichkeit Gebrauch machen, die Praxis der Patentierung am EPA dauerhaft zu ändern und Patente auf Pflanzen- und Tierzucht zu verbieten. *av*

Bayer-Konzern liegt bei Patenten vorn

Der deutsche Bayer-Konzern ist im Windschatten des US-Konzerns Monsanto zu einem der größten Agrar-Konzerne der Welt aufgestiegen. Bei der Zahl erteilter Gentechnik-Patente beim Europäischen Patentamt belegt er den Spitzenplatz. Nach einer aktuellen Recherche der Initiativen „Kein Patent auf Leben!“ und „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ besitzt Bayer 206 der insgesamt rund 2.000 Patente, die auf gentechnisch veränderte Pflanzen erteilt worden sind. Dupont-Pioneer hält 179, BASF 144, Syngenta 135 und Monsanto 119 Patente auf GV-Pflanzen. Bei Pestiziden hat Bayer Cropscience, eine Tochter der Bayer AG 20 % des Weltmarktanteils und ist nach Syngenta zweitgrößter Pestizidhersteller der Welt. Bei Saatgut liegt Bayer auf Rang sieben. Bei Pestiziden und Saatgut besitzen die zehn größten Unternehmen einen Marktanteil von über 70 %. Unangefochtener Weltmarktführer im Gentechnik- und Saatgut-Geschäft bleibt der US-Konzern Monsanto, der durch Firmenzukäufe über ein Viertel des kommerziellen Saatguts kontrolliert. *av*



Kleinbauernproteste in Mosambik gegen Landnahme durch Investoren

Foto: UNAC-



Bäuerliche Zukunftsmusik

Donnerstag, 21. November

17.00 Uhr Anreise und Abendessen

19.00 Uhr Begrüßung und Vorstellungsrunde

Die diesjährige Tagung gestalten wir gemeinsam als Open Space, in dem wir Themen und Ideen für unsere gemeinsame Zukunftssymphonie sammeln! Der Open Space ist eine offene Runde, in der jeder aktuelle Themen aus der Landwirtschaft und der Politik regional bis weltweit einbringen und den anderen vorstellen kann, von 30 Sekunden bis 15 Minuten, mit Händen und Füßen bis Powerpoint. Danach können wir gemeinsam darüber reden und überlegen, wie wir die Idee in unsere Arbeit integrieren. Wenn ihr schon jetzt euer Herzsthema kennt, bringt gerne Materialien und Hintergrundinfos mit. Im zweiten Schritt werden wir dem „Space“ Themen entnehmen, die wir am nächsten Tag in Workshops vertiefen können.

20.00 Uhr Diskussion

Bäuerliche Zukunft – Wie spielt künftig die Musik?

Vorstellung des Weltagrarberichtes mit anschließender Diskussion; Sebastian Kußmann, Student der Uni Kassel

22.00 Uhr Melodien der Nacht

Freitag, 22. November

8.30 Uhr Frühstück

9.00 Uhr Workshops

Vertiefung: Gibt es Konsequenzen aus dem Weltagrarbericht?
Bodenpolitik und Landgrabbing, n.n. Bündnis junge Landwirtschaft
Workshops aus dem Open Space

11.30 Uhr Zusammenführung der Workshopergebnisse und Wie-geht-es-weiter

14.00 Uhr Bäuerliche Interessen vertreten: Strukturen und Zukunft der AbL mitgestalten

Anmeldung bis zum 15. November bei: junge-abl@abl-ev.de oder bei Carla Prötzel: 0178 1626068

Kosten 25 € für Do/Fr, 95 € für Do bis So (die Hälfte der Fahrtkosten kann erstattet werden)



Agrarpolitische Tagung der



Freitag, den 22. November

14.00 Uhr Begrüßung durch den AbL-Bundesvorstand

14.05 Uhr Strukturen für eine bäuerliche Interessenvertretung Bäuerliche Interessen vertreten: Strukturen und Zukunft mitgestalten. Wir möchten die Ergebnisse der Diskussion unserer bundesweiten Struktur - Tagung in Tonndorf (Juni 2013) und die nachfolgenden Diskussionen der Strukturgruppe, der Landesverbände und des Bundesvorstands vorstellen. Organisation und Leitung: AbL – Strukturgruppe

19.15 Uhr Begrüßung und Eröffnung

19.30 Uhr Diskussion:

“Die Situation auf den Höfen, die Agrarpolitik und unsere Visionen für eine bäuerlichen Zukunftslandwirtschaft“

Samstag, 23. November 2013

9.00 Uhr Diskussionsforen:

- 1) Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland und in Europa
- 2) Milchmarkt und Mengenregulierung vor dem Auslaufen der Quotenregelung
- 3) Land in Sicht. Der Kampf um Boden in Deutschland
- 4) Hofabgaberente und Reformbedarf bei der agrarsozialen Sicherung
- 5) Die weitere Entwicklung einer artgerechten Schweinehaltung
- 6) Ausbildung in der Landwirtschaft – Reformbedarf!
- 7) Freihandelsabkommen USA – EU – ein trojanisches Pferd!

14.30 Uhr Beginn der AbL-Bundesmitgliederversammlung

16.30 Uhr Aussprache.

19.15 Uhr Anträge, Diskussion, Beschlussfassung

21.00 Uhr gemütlicher Abend

Matthias Stürwoldt, der Stern am landwirtschaftlichen Literaturhimmel, stellt sein neues Buch vor. Köbi Alt, Bauer, Gitarrist und Liedermacher aus der Schweiz

Sonntag, 24. November 2013

8.30 Uhr Andacht, Ev. Landjugendakademie

10.00 Uhr Für Interessierte einen „MV –Nachlese –Frühschoppen

11.00 Uhr Abreise

Organisatorisches zur Tagung und Mitgliederversammlung

Die Tagung führt die AbL zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend in ländlichen Räumen durch. Die AbL bedankt sich für die Unterstützung!
Organisatorische Leitung: Georg Janßen, Ulrich Jasper (AbL-Bundesgeschäftsführung)

Tagungsort:

Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald

Dieperzbergweg 13-17

57610 Altenkirchen/Westerwald

Tel.: 02681-9516-0, Fax: 02681- 70206 www.lja.de

Teilnehmerbeitrag: 98,- Euro (inclusive Übernachtung und Verpflegung)

Kinder bis 14 Jahre zahlen keinen Beitrag. Eine Kinderbetreuung wird angeboten.

Gäste sind herzlich willkommen. (bitte ebenfalls anmelden).

Anmeldung bitte schriftlich bis 10. November 2013 an:

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg
T.04131-407757, Fax: 04131-407758 oder info@abl-ev.de

Leserbrief

Anmerkungen zur Agrarpolitik

In der *Unabhängigen Bauernstimme* vom Oktober fehlt mir etwas; die Berichterstattung und die Bewertung des von Agrarkommissar Ciolos angestoßenen Reformprozesses! Es gab in den Monaten und Jahren zuvor kaum eine Ausgabe der *Unabhängigen Bauernstimme*, in der nicht über den Stand der politischen Debatte informiert und in der nicht die Zuversicht verbreitet wurde, diesmal sei der Erfolg nahe.

Die Entscheidungen auf EU-Ebene sind gefallen (auf nationaler Ebene stehen noch einige aus). Das Ergebnis der schier unendlich ausdauernden Anstrengungen von AbL-Aktivistinnen, den Plattformverbänden, agrarpolitischen Vertretern der Grünen wie Martin Häusling und anderen ist: Von den angekündigten Zielen der „Reformagenda“ ist so gut wie nichts erreicht worden. Die EU-Agrarpolitik wird nicht gerechter, nicht sozialer, nicht ökologischer.



Almabtrieb in Mittenwald

Foto Gröhn-Wittern

Den flächenstarken Ackerbaubetrieben werden weitere Betriebsprämien zugeschwemmt werden, die Betriebe, die viel Arbeit haben, werden weiter „in die Röhre schauen“, die eigenständige Regionalentwicklung und die ökologische Landwirtschaft werden nicht gestärkt. Wir sollten dieses Null-Erfolgs-Erlebnis zur Kenntnis nehmen und nicht beiseite wischen mit dem üblichen Spruch: nach der Reform sei vor der Reform. Seit dem Reformvorschlag des seinerzeitigen Agrarkommissars Mc Sherry laufen die „Reformprozesse“ jedes Mal nämlich nach dem gleichen Schema ab: Der Agrarkommissar weist auf Missstände hin und schlägt Reformen vor. Die AbL und viele andere Organisationen

greifen die Vorschläge auf, unterstützen sie gegen die Vertreter der Grünen Front (Bauernverband, Genossenschaften, Mehrheit der Agrarwissenschaftler), konzentrieren einen Großteil ihrer Arbeitskraft auf diese Auseinandersetzungen, erleben das Verwässern und schließliche Scheitern; alle fünf Jahre dasselbe Spiel.

Wir müssen uns dringend überlegen, wie wir uns in Zukunft dazu stellen wollen. Seit 20 Jahren sind wir - was das Ergebnis der angekündigten und mit viel Hoffnungen begleiteten Reformen angeht - vor allem „nützliche Idioten“ gewesen.

Noch etwas anderes ist von großer Bedeutung: In den letzten zwei Jahren hat es viele Auseinandersetzungen in der AbL gegeben, die „an die Substanz“ gegangen sind und - wenn auch bisher in wenigen Fällen - zu Austritten geführt haben. Vor allem meine ich damit den Umgang des Vorstandes der AbL mit dem Vorschlag

des AbL-Landesverbandes Bayern, darauf hinzuwirken, dass die Betriebsprämie nicht mehr an die Fläche sondern an den Umfang der Arbeit gekoppelt werden sollte. Mit diesem Vorschlag ist nicht angemessen umgegangen worden. Der Vorschlag des EU-Parlamentes, 30 Prozent der Betriebsprämie zu nutzen um die Betriebsprämie für die flächenmäßig kleineren Betriebe aufzustocken, bot für den Vorstand dann zwar die Möglichkeit, in die Unterstützung auf diese Forderung auszuweichen. Das war in der realen Situation sicherlich auch angesagt, führte aber auch dazu, dass die seit langem notwendige Neuorientierung unserer Haltung zur Betriebsprämienregelung immer noch nicht stattfand. Dabei hätte sich von Beginn des von Herrn Ciolos angestoßenen Reformprozesses an die not-

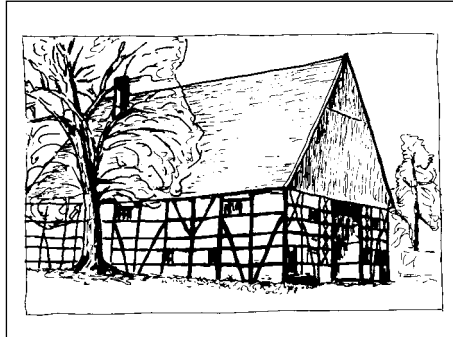
wendige Neuausrichtung der Betriebsprämie auf eindeutige Aussagen im Reformvorschlag selber stützen können. Darin heißt es nämlich (S.2): „Säule 1 umfasst Direktzahlungen und Marktmaßnahmen, die eine Grundsicherung für die Jahreseinkommen der EU-Landwirte und eine Unterstützung im Falle spezifischer Marktstörungen bieten, während Säule 2 sich auf die ländliche Entwicklung erstreckt...“. Es geht um Einkommen von Bauern, Bäuerinnen und Mitarbeitern in der Landwirtschaft, nicht um die bloße Belohnung von großem Grundbesitz.

Onno Poppinga,

34376 Immenhausen-Holzhausen

Der Mann mit dem Banjo

Ich war fünfzehn, als ich in einem Plattenladen in Dänemark die alte Schallplatte fand. Eine 45er Vinyl-Scheibe mit Live-Aufnahmen des Folk-Sängers Pete Seeger. Der Mann mit dem Banjo, einer



... aus Westfalen

der Väter des politischen Liedes in Amerika. Seine Platte habe ich immer noch. Ich hänge an ihr, warum auch immer.

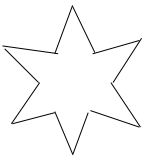
Vor ein paar Wochen stieß ich wieder auf Pete Seeger. Es war am dritten Oktober. Am Nationalfeiertag. Für die meisten Bundesbürger ein freier Tag, für mich fast immer ein Tag auf dem Acker. Schon eine Woche lang ist

das Wetter gut. Zeit zum Ackern. Am dritten Oktober ist das Wetter traumhaft. Zeit zum Weizen säen.

An solchen Feiertagen fehlt mir gar nichts. Mögen andere gemütlich zu Hause sitzen oder etwas unternehmen, ich bin glücklich auf dem Traktor. Ich liebe den freien, weiten Blick bis zum Horizont. Ich liebe diese Gegend mit ihren Höhenzügen, ihren Tälern, Hecken und Wäldern. Ich könnte ins Schwärmen kommen. Doch an diesem dritten Oktober werde ich nachdenklich. Immer wieder schweift mein Blick zu der Baustelle auf der anderen Talseite. Ein Kollege aus dem Nachbardorf baut dort Ställe für viertausend Sauen samt Biogasanlage. Eine Festung mit hohen Mauern aus grauem Beton. Intensive Viehhaltung und Biogaserzeugung machen sich auch in dieser Gegend breit und lassen die Pachtpreise in die Höhe schnellen. Von einem freien Pachtmarkt kann keine Rede mehr sein. „Man kommt noch nicht einmal an Grünland dran“, klagt ein befreundeter Landwirt. So starre ich beim Säen immer wieder auf die Maisfelder und die riesige Baustelle und frage mich, wohin sich die Landwirtschaft entwickeln wird.

Am frühen Abend bin ich mit Säen fertig. Zuhause schalte ich den Computer an, freue mich über eine E-Mail aus Amerika. Im Anhang Videos vom Musikfestival „Farm Aid 2013“, das Ende September im Bundesstaat New York stattfand. Diesmal gibt es einen Überraschungsgast: Pete Seeger. Das will ich sehen! Ich klicke auf das Video, und tatsächlich: Mit aufrechter Haltung betritt der 94-jährige Folk-Sänger die Bühne und bringt die 25.000 Gäste zum Mitsingen. Und dann stimmt der Mann mit dem Banjo das unvermeidliche Lied an: „This land is your land, this land is my land ...“ Und er fügt noch eine Strophe hinzu. Statt „this land was made for you and me“ singt er „New York was meant to be frack-free!“ und macht aus dem Lied einen Protestsong gegen die hydraulische Ausbeutung des Bodens. Fracking. Tosender Applaus des jungen Publikums. Mir geht es durch Mark und Bein. Fracking ist auch in Westfalen ein Thema, die Pläne liegen in den Schubladen der Konzerne. Wer daran zweifelt, dass Fracking unser Grundwasser bedroht, braucht nur nach Amerika zu schauen. Dennoch habe ich bis jetzt einen großen Bogen um das Thema gemacht.

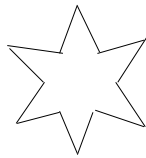
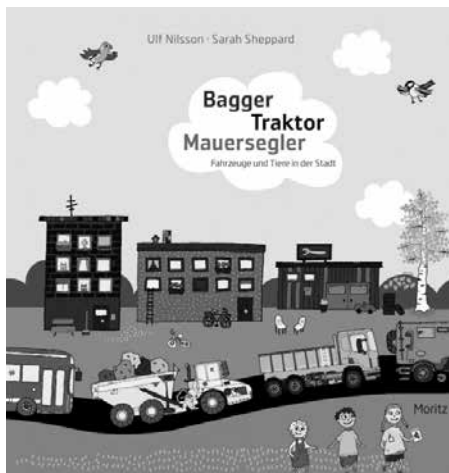
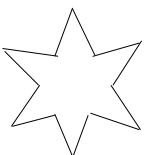
Pete Seeger hat mich wachgerüttelt. Ich begreife: Es nützt nichts, pessimistisch in die Zukunft der Landwirtschaft zu blicken. Es nützt nichts, Trübsal zu blasen. Wenn man nach vorne schaut, bleibt noch genug zu tun. Zum Beispiel, sich mit Fracking auseinanderzusetzen. Es musste erst ein 94-Jähriger kommen und mich auf das Thema bringen. Und ich hatte gedacht, der Mann mit dem Banjo auf dem Cover der alten Schallplatte wäre ein Sänger von gestern.



Ein solches Ding

Was, ein Gesellschaftsspiel hat keinen Nährwert? Das wollen wir doch mal sehen. Besonders in größerer Runde sorgt dieses Spiel zumindest für einigen Spaß - und teilweise für heftige Diskussionen. Wichtig dabei: nur mit Menschen spielen, die Lust auf ulkige Geschichten haben und nicht stur auf ihrer beharren! Alle SpielerInnen erhalten neun Karten. Eine Startkarte, die eine Eigenschaft eines unbekanntes Gegenstands beschreibt, wird offen auf den Tisch gelegt - z.B. „Ein solches Ding wird meist geflickt, wenn es kaputt geht.“ Jede und jeder denkt sich ein Ding, auf das diese Beschreibung passt. Diejenige, die dran ist, legt eine weitere Karte an, die zu ihrem gedachten Gegenstand passt, z.B. „ist etwas protzig.“ Nun hat vielleicht ein Mitspieler zuerst an eine Socke gedacht und muss sich neu orientieren. Reihum legen alle Mitspieler eine ihrer Karten an, die ins eigene Konzept passt. Irgendwann sagt einer: „Das glaube ich nicht mehr! Ich will jetzt deine Erklärung hören!“ Und dann geht die Diskussion um das Gewicht eines Stuhls oder die Belastbarkeit von Kochtöpfen los. cw

Urs Hostettler, *Ein solches Ding...*, 224 Spielkarten, EAN: 4011898060416, für 2-8 SpielerInnen ab 10 Jahren, Abacusspiele, 13,-€, zu beziehen über den AbL Verlag



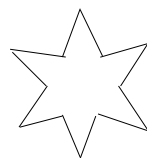
Der Radfahrer von Tschernobyl

Ein alter Mann wird mitten in Paris in einem Fastfood-Restaurant sitzen gelassen, neben ihm Taschen voller Klamotten, er selbst kann sich kaum auf dem Stuhl halten. Der Erzähler des Romans, ein namenloser spanischer Beamter, beobachtet die Situation und nimmt sich nach einer Kette seltsamer Begebenheiten nicht ganz freiwillig des Alten an. Und lernt nach und nach eine faszinierende Persönlichkeit und das Schicksal einer ganzen Region kennen: Er beherbergt niemand anderes als den weissrussischen Atomphysiker Wassili B. Nesterenko, der nach der nuklearen Katastrophe von Tschernobyl mithilfe, um Schlimmeres zu verhindern – und der in den Jahren danach ein unabhängiges Institut gründete, um Menschen vor Ort zu informieren und ihnen gegen Strahlenschäden zu helfen. Die öffentliche Auf-

merksamkeit sowie kritische Stimmen gegenüber der Atomkraft wurden von einigen Kräften aus Regierungskreisen nicht gern gesehen. So flüchtet Nesterenko sich nach Prypjat, die verlassenen Stadt in der verstrahlten Zone nahe des Reaktors – in der noch andere Menschen leben. In diesem Roman vermischen sich Fakten, reale Personen und Ausgedachtes zu einer beeindruckenden Geschichte. Zum Verdauen des Gelesenen bietet es sich an, im Internet auf Spurensuche nach der Wirklichkeit zu gehen. Auch das lohnt sich. cw

Javier Sebastián, *Der Radfahrer von Tschernobyl*, 222 Seiten, ISBN: 978 3 8031 2711 2, Wagenbach Verlag, Berlin 2012, 2013, 11,90 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag

Javier Sebastián, *Der Radfahrer von Tschernobyl*, 222 Seiten, ISBN: 978 3 8031 2711 2, Wagenbach Verlag, Berlin 2012, 2013, 11,90 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag



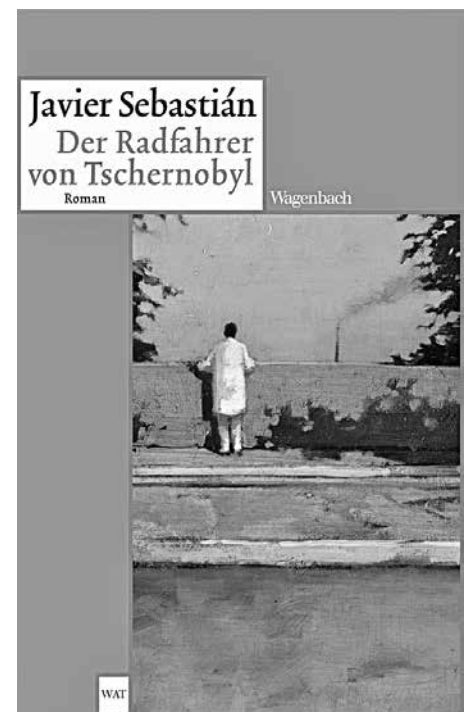
Kongo – eine Geschichte

Fesselnd und atemberaubend erzählt David Van Reybrouck die Geschichte Kongos – von der belgischen Kolonialzeit über die 32-jährige Mobutu-Diktatur und den »afrikanischen Weltkrieg« in den neunziger Jahren bis in die Gegenwart, er berichtet aus der eindrücklichen Perspektive derjenigen, die in ihrem Land leiden, kämpfen, leben. Für sein mehrfach preisgekröntes Buch hat der Autor zahlreiche Reisen in das zentralafrikanische Land unternommen, in dem er einzigartige Interviews führen konnte. Der Älteste, mit dem er sprach, wurde 1882 geboren. Seine Stimme und die vieler hundert anderer, Kindersoldaten und Rebellenführer, Politiker und Missionare, machen dieses Buch zu einer Sensation. Zu Recht spricht der Spiegel von einem »Jahrhundertbuch«, die Welt von einem

gleich zur Tierwelt ist sehr schön dargestellt. Auch eine Ameise kann viel tragen und die Maulwürfe graben sich wie ein Bagger durch die Erde.

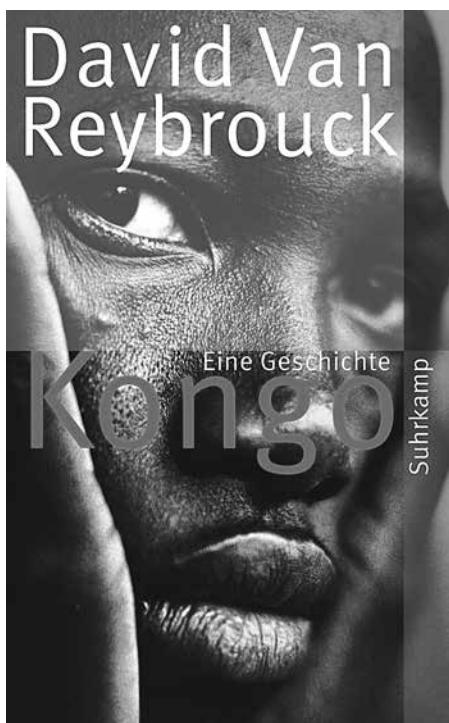
Die Bilder sind klar und bunt gezeichnet und die Kinder werden bei jedem Durchblättern immer neue Details entdecken die sie in der realen Welt wiederfinden. vt

Ulf Nilsson und Sarah Sheppard, *Bagger Traktor Mauersegler*, 40 Seiten, gebunden, Altersempfehlung 4-6 Jahre, ISBN 978-3-895-652-37-0, Moritz Verlag, Frankfurt 2011, 13,95 €, zu beziehen über den AbL Verlag



„Meilenstein der politisch-historischen Reportage“ und Deutschlandradio von einem „Standardwerk“. Und auch die Einschätzung der Süddeutschen Zeitung von einem von der ersten bis zur letzten der 700 Seiten dramaturgisch einmaligen Sachbuch, „fesselnder als jeder Kriminalroman“ kann ich nur voll unterstreichen. Nach der spannenden Lektüre weiß man vielleicht noch nicht alles über Afrika, wohl aber über einen großen Teil davon – über die Geschichte, die Menschen, die Kolonialisten, die Entwicklung und die Zustände des Kongo. Was für ein Buch! en

David Van Reybrouck, *Kongo – eine Geschichte*, 784 Seiten, Suhrkamp-Taschenbuch, 2013; 14 Euro, zu beziehen über den AbL-Verlag



Alb Leisa

Ein Buch über die Linsen der schwäbischen Alb. Ein Buch über die Wiederentdeckung einer verlorenen Frucht, über Menschen, Maschinen und Techniken. Aber auch ein Buch voller Rezepte, Bilder und Leidenschaft. Und noch vieles mehr wird man beim Lesen des Buches von Woldemar Mammel, mit Bildern von Thomas Stephan, finden. Woldemar Mammel, der Linsenpapst, hat die Alblinsen vor dem Verschwinden gerettet. In dem abwechslungsreichen, vielseitigen Buch ist alles enthalten damit man sich ein Bild von der kleinen zarten Linsenpflanze machen kann. Von der Aussaat, über die Pflege, die Notwendigkeit einer Stützfrucht und der diffizilen Ernte mit dem Mähdrescher. Oder besser doch im Schwaddeusch? Linsen trocknen, sortieren und verköstigen. Den Acker untersuchen. Linsen zählen, Beikraut zählen. Neues Saatgut suchen und finden. Erfahrungen und Erinnerungen sammeln. Das Buch ist zu vielfältig als dass man einen Bogen um alle Inhalte schlagen könnte. Auch wenn es in viele einzelne Kapitel aufgeteilt ist, die sich jeweils mit verschiedenen Fragestellungen rund um die Linse beschäftigen zeichnet sich doch ein Gesamtbild. Der gelungene Versuch, die

Tradition des Linsenanbaus wiederzubeleben und zu bewahren lebt auf jeder einzelnen Seite. Sie wird getragen durch das Engagement der Akteure, von ihrer Liebe zur Linse, zur Alb und der Landwirtschaft.

Woldemar Mammel, Thomas Stephan, *Alb-Leisa*, 128 Seiten, 170 Farbfotos, Hardcover, 24,90€ zu beziehen über den AbL-Verlag

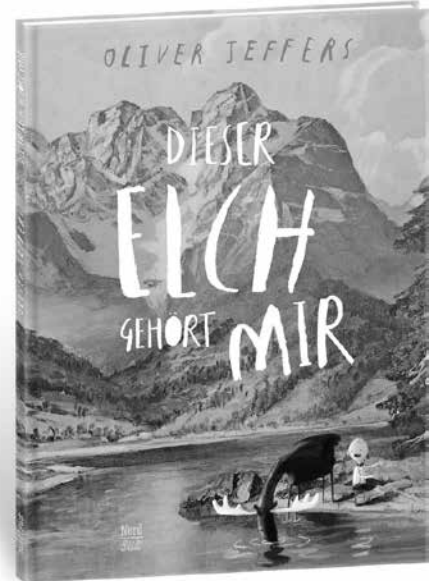


Kurzes am Rande

Dieser Elch gehört mir

Eines Tages begegnet dem kleinen Jungen Wilfred ein Elch. Und Wilfred weiß, dass dies sein Haustier-Elch mit dem Namen Marcel ist. Ein Haustier hat Regeln zu befolgen, aber kann man einem Elch Regeln aufzwingen? In liebevoll gezeichneten Bildern erklärt der Autor phantasievoll, dass Tiere selbstbestimmt sind, auch wenn sie mit uns zusammenwohnen. vt

Oliver Jeffers, *Dieser Elch gehört mir*, 32 Seiten, gebunden, Altersempfehlung 4-6 Jahre, ISBN: 978-3-314-10172-4, NordSüd Verlag, Zürich 2013, 14,95 €, zu beziehen über den AbL Verlag



Commissario Brunetti 21. Fall

Der venezianische Commissario Brunetti ist diesmal in seiner beharrlich-lockeren Art im agrarindustriellen Schlachtereimilieu tätig. Die Schilderung italienischer Genuss- und Lebensart mischt sich mit einer trefflichen Schilderung von Charakteren und (natürlich) einer spannenden Suche nach den Tätern. en

Donna Leon, *Tierische Profite*, 336 Seiten, Diogenes-Verlag, 2013; 22,90 Euro, zu beziehen über den AbL-Verlag

Die wilden 13 - Starke Frauen

Ein Kalender für das Jahr 2014 mit 13 Portraits starker Frauen aus aller Welt - gemalt, gezeichnet, geschnitten von zeitgenössischen KünstlerInnen. Utz Benkel hat in diesen Kalender Portraits von Frauen aufgenommen, die zu unterschiedlichen Zeiten in verschiedenen Ländern lebten: Künstlerinnen, Politikerinnen, Philosophinnen und Widerstandskämpferinnen. So verschieden ihre Lebenswege, sie alle mussten stark sein, um sich als Frauen auf ihren Gebieten durchzusetzen.

Der Kalender wird in einer limitierten Auflage von nur 1.000 Exemplaren aufgelegt, enthält 14 Blatt, in DIN-A3 Format und mit Spiralbindung, ISBN 978-3-9802169-9-9, 19,90 €, zu beziehen über den AbL Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2013 2012 2011 2008 2007
22,-€ 10,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€

- | | |
|---|----------------------|
| Expl. Bauernparty Neuerscheinung Nov. 2013 | Stückpreis ca 11,- € |
|Expl. Nützt ja nix | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuausgabe) | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Ein Bauer erzählt, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. Schubkarrenrennen, | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Nehmt und Euch wird gegeben | Stückpreis 27,40 € |
| Expl. Der Wollmützenmann, | Stückpreis 11,90 € |
| Expl. Matthias Stürwoldt live, CD, | Stückpreis 9,50 € |
| Expl. Verliebt Trecker fahren, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. was für'n schöner Scheiß, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. König Silo, CD | Stückpreis 10,- € |
| Leitbild Schweiz oder Kasachstan | Stückpreis 8,-€ |
| Expl. Jung, dynamisch, erfolglos? | Stückpreis 8,-€ |
- weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2013:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS Dezember ist der 12. November 2013

Hof und Arbeit

• **Rentner, Gärtner** und Landwirt, NR, alleinstehend sucht ebenerdige 2 Zi.-Wohnung bei einem Landwirt. Gerne mit Mittagstisch (evtl. später Vollverpflegung). Angemessene Vergütung monatlich 900 - 1.200 €. Baden-Württemberg, Schwarzwald oder Allgäu bevorzugt. Angebote unter ☎ 07726-3787837, ab 19 Uhr

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Sonstiges

• **Einführungskurs** in die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise 15. - 17.11.2013
Für Umsteller und Interessierte, welche unmittelbar in der Landwirtschaft tätig sind. Seminarort: Gut Froberg bei Meißen/Sachsen, Seminargebühr 190 EUR inkl. Vollverpflegung Anmeldung: AG für biodynamischen Landbau e.V., brandenburg@demeter.de ☎ 0334342-72214

Baumschule PFLANZLUST

Niederelsunger Str. 23
34466 Wolfhagen
Telefon: 05692 - 8635
www.pflanzlust.de

Bioland-Obstgehölze
in historischen & bewährten
Sorten für Garten, Landschaft &
die Streuobstwiese.

Unsere Sorten mit Beschreibungen
finden Sie auch in unserem Shop
www.biobaumversand.de
Hier können Sie auch direkt bestellen.

**WINDENERGIE-
BETREIBER GESUCHT**

Wir erwerben Ihren Windpark/Einzelanlage
oder Ihre Mehrheitsbeteiligung
- ohne Vermittlungs- oder Maklerprovisionen.



wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 0421 / 168 66 10
akquise@wpd.de, www.wpd.de

ETL | Freund & Partner
Lutherstadt Wittenberg
Steuerberatung für die Landwirtschaft



Ihr Ansprechpartner
Marcel Gerds
Agrarökonom (M.Sc.)

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH Tel: (03491) 4180-0
Steuerberatungsgesellschaft Fax: (03491) 4180-12
Niederlassung Wittenberg E-Mail: agrar@etl.de
Berliner Straße 1 Web: www.etl.de/fp-wittenberg
06886 Lutherstadt Wittenberg www.facebook.com/fpwittenberg

Veranstaltungen**7. Sächsischer Bauern- und Imkertag**

Mittwoch, 20. November 2013, 9:30 Uhr

**Moderne Landwirtschaft -
Irrwege und Auswege****Vorträge:**

10:30 Uhr Was ist moderne Landwirtschaft, Stephan Zwill, BÖLW
11:15 Uhr Vielfalt oder Einfalt, Michael Beleites, Abl
12:00 Uhr Auswirkungen von Pestiziden auf Bienen und
Landschaft, Dr. M. Nuss, NABU
14:00 Uhr diverse Workshops
17:00 Uhr Ende

Kulturscheune Börtewitz, Neue Straße 1 D, OT Börtewitz, 04703 Bockelwitz
Tagungskosten 30,- €, Anmeldung an tagung@sachsen-gentechnikfrei.de

**Brasilien - ein Land im agrarpolitischen Wandel
Großgrundbesitz und Gentechnik oder bäuerliche Landwirtschaft?**

25. November bis 06. Dezember

Brasilien ist der wichtigste Lieferant gentechnikfreier Soja für Europa, gleichzeitig werden dort in großem Stil gentechnisch veränderte Sojabohnen angebaut.

Der renommierte Agrarexperte Prof. Antônio Andrioli berichtet über die aktuellen Entwicklungen und mögliche Alternativen. Abl und Brot für die Welt organisieren eine Vortragsreise durch Deutschland.

Informationen unter www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei
Annemarie Volling, mobil: 0160/96760146,
mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de.

**Jahresmitgliederversammlung
Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach**

Donnerstag, 7. November 2013, 20 Uhr

Programm:

Begrüßung, Jahresbericht
Wünsche, Anträge, Termine

**Gesunder Boden und stabile Erträge
durch optimale Güllewirtschaft**

Vortrag von Georg Abermann

Traditionswirtschaftshaus Kraimoos, 83355 Grabenstätt

Bäuerinnenwellness 2014

16. - 19. März 2014

Ein paar Tage Erholung, Seele baumeln lassen, Kraft schöpfen,
Spaß haben... im Hotel Edelweiß in Großarl
3 Übernachtungen im DZ mit 3/4 Pension, 310,- €
Anfahrt in Eigenregie
Auf alle Behandlungen und Massagen gibt es 10 % Treuerabatt!

Anmeldung und alle weiteren Informationen:
www.abl-ev.de/Termine
Christine Schneeblehler, Tel.: 08035 /4878

**Moderne Direktvermarktung
für Ihren Bauernhof**

Landwerk: Erzeuger-Verzeichnis
und Internet-Marktplatz für
bäuerliche Landwirtschaft

- eigene Erzeugnisse bequem
online verkaufen
- kostenloses Erzeuger-Portrait
- Landwerk macht für Sie Werbung

www.landwerk.org/fuerlandwirte

**Abl Herbsttagung**

03.11.2013, *Huntlosen, 10 Uhr*
Die Abl Niedersachsen diskutiert
auf ihrer Herbsttagung das Thema
Botulismus und BHV.
Meyers Gasthaus, Bahnhofstraße 67,
26197 Huntlosen b. Oldenburg

Agrarstrukturen

13.-14.11.2013, *Göttingen*
Die Agrarsoziale Gesellschaft
e.V. lädt ein zur Herbsttagung
rund um das Thema Land. Welche
Landwirtschaft wollen wir?
Tagungsgebühr 65,- € Studenten zahlen
einen reduzierten Beitrag.
Anmeldung und Informationen:
www.asg-goe.de, Tel.: 0551 / 497090

Züchtertagung

02.11.2013, *Frankenhausen, 10 Uhr*
Berichte der Züchtervereinigung,
ein Betriebsporträt und Vorträge
zu den alten Schwarzbunten
Tagungsbeitrag 10,- €, Anmeldung:
u.ackermann@kljb.de, Tel.: 02224 /
946521, Tagungsort: Domäne Franken-
hausen, 34393 Grebenstein,

Vo(r)m Standesamt zum Notar

06.11.2013, *Hohebuch, 9:30 Uhr*
Zu Ehevertrag, Gütergemein-
schaft, Güterständen und Erb-
recht referieren Steuerberater
und Rechtsanwälte.

Beitrag: 35,- €, Infos und Anmel-
dung: a.scherer@hohebuch.de, Tel.:
07942/10774, weitere Veranstaltun-
gen: www.hohebuch.de

Boden-Pflanze-Tier-Boden

07.11.2013, *Bad Dübren, 9 Uhr*
Die Sächsische Interessensge-
meinschaft Ökologischer Land-
bau veranstaltet eine Vortrags-
reihe rund um Agrarpolitik und
landwirtschaftliche Praxis.
Beitrag 10,- €, Anmeldung: SIGÖL e.V.
Tel./Fax: 034243 / 21491, Veranstal-
tungsort: Heide Spa Hotel, Bitterfel-
derstraße 42, 04849 Bad Dübren

Zwischen Mist und Medien

15.-16.11.2013, *Hofgeismar*
Mit den strukturellen Verände-
rungen der Landwirtschaft ha-
ben sich auch Selbstverständnis
und Image der Landwirte ge-
wandelt. Aufgaben, Identitäten
und prägende Werte sind in Be-
wegung gekommen. Wie lassen
sich Tradition und Innovation
heute miteinander verbinden?
Wie verhalten sich Interessen
und Selbstbild der Landwirte zu
den gesellschaftlichen Erwartun-
gen an die Landwirtschaft? Und
was heißt all dies für das Mitei-
nander auf dem Land und die
Zukunft unserer Dörfer?
Informationen und Anmeldung: Ev. Aka-
demie Hofgeismar, claudia.bochum@
ekkw.de, Tel.: (05671) 881-122

Wie rund ist das Öko-Ei?

03.-07.12.2013, *Witzenhausen*
In Vorträgen, Diskussionsrunden,
Workshops und Exkursionen be-
leuchtet die 21. Witzenhäuser
Konferenz das Thema Legehennen-
haltung.
Informationen und Anmeldung:
www.konferenz-witzenhausen.de, oder
konferenz@wiz.uni-kassel.de

**3. Leguminosentag
Greening - eine Chance für Leguminosen?
Fachtagung für Landwirte**

28. November 2013, Landwirtschaftszentrum Haus Düsse, 10 - 16 Uhr

Leguminosen sind in aller Munde. Allerdings finden sie sich (noch) nicht in großem Ausmaß auf konventionellen Flächen, und Biolandwirte suchen nach den richtigen Anbaustrategien. Innerhalb des Greenings können Leguminosen auf den ökologischen Vorrangflächen angebaut werden, was ihren Anbau durchaus lukrativ macht. Tierhalter stehen vor neuen Herausforderungen, weil sich im konventionellen Bereich das Sojaschrot seit mehr als einem Jahr in einer Hochpreisphase befindet und im Ökolandbau durch das Auslaufen der Ausnahmeregelung alle Futtermittel aus ökologischer Erzeugung stammen müssen.

Programm:

- 10:00 Uhr Begrüßung und Eröffnung
- 10:15 Uhr Politischer Rahmen, Christoph Dahlmann, AbL NRW
- 10:45 Uhr Körnerleguminosen - Anbauhinweise für Rein- und Gemengesaaten
Dr. Claudia Hof-Kautz, Ökoteam der LWK NRW
- 11:30 Uhr Berichte aus der Praxis
- 12:15 Uhr Mittagspause
- 13:45 Uhr Nutzungsmöglichkeiten von kleinsamigen Leguminosen in
Futterbau- und Zwischenfruchtgemengen im Rahmen des Greenings
Hubert Kivelitz, Produktmanager Futterbau DSV Saaten
- 14:30 Uhr Berichte aus der Praxis
- 15:00 Uhr Wie rechnen sich Leguminosen innerhalb des Greenings?
Dr. Harald Lopotz, Fachbereichsleiter Betriebswirtschaft LWK NRW
- 16:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Anmeldung und Veranstaltungsort:

Landwirtschaftszentrum Haus Düsse, Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf
Barbara Herbers, Tel.: 02945 989-142, barbara.herbers@lwk.nrw.de
Tagungsbeitrag: normal 45,- € inkl. Mittagessen, reduziert 20,- € für Schüler, Studenten, AbL Mitglieder und Unternehmen mit Beratungsvertrag der LWK NRW



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel.: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg; Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:

Christoph Dahlmann, Tel.: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnids: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiengenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.:

08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud

Gafus, Tel. 08656-393

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-

304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner,

0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Michael Beleites, michael.beleites@web.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel:

036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497,

mail@kanzlei-kersten.de;

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bergschafe im globalen Wettbewerb

Anfang September, Straße gesperrt, Menschen stehen und warten - worauf? Auf 400 Bergschafe, die heute von ihrer Sommerweide im Karwendelgebirge kommen und durch den oberbayerischen Mittenwald getrieben werden. Im Sauseschritt sind Hirten und Schafe die Hauptstraße entlang, um die Kirche herum und auf der anderen Ortsseite zum gemeindeeigenen Schafstall gelaufen. Kein Touristenspektakel, sondern harte Arbeit für Josef Hornsteiner, den aus EU Mitteln finanzierten Gemeindeführer, und einige der Schafhalter und -halterinnen des Ortes.

Sie kommen von der Rehberg Alm in 1.600 m Höhe, wo die Tiere gesammelt wurden. Ungefähr 35 Schafhalter gibt es noch in der Weidenossenschaft. Jeder hat fünf bis zehn Schafe, einige auch ein paar mehr, aber leben tut niemand mehr davon. Gierig weidend verteilen sich die Tiere im Wald um den Stall herum, auch ein paar frühe Lämmer sind schon dabei. In den nächsten Wochen werden es mehr werden. „Was wir hier machen, ist purer Idealismus“, sagt Franz Brandner. Ein Hobby will er es aber nicht nennen. Er hält fünf Schafe den Winter über bei sich im Haus. Mit vollem Familienschluss sozusagen. So machen es fast alle hier. Ans Haus gebunden ist seit alters her das Recht, Schafe im Karwendel weiden zu lassen. Viele haben dieses Recht in den letzten Jahren an die Forstverwaltung verkauft, weil sie dachten, dass sie es nie wieder brauchen würden. Jetzt passiert das nicht mehr so leicht. Die Menschen sind selbstbewusster und wacher geworden.

Das weiße und braune Bergschaf ist eine traditionelle und vom Aussterben bedrohte Schafrasse. Die Wolle ist sehr lang und fest. Regen tropft mühelos ab, aber den Winter über draußen bleiben können die Tiere nicht. Jetzt werden sie geschoren. Im Frühjahr werden die Böcke zu den Mutterschafen gelassen. Die Gemeinde stellt die Gemeindeböcke als Unterstützung. Die ist auch dringend nötig, denn ohne die

Schafe und Ziegen verwandeln die Wiesen sich in kurzer Zeit in Wald und das wäre schlecht für den Tourismus. Wanderer wollen bunte Wiesen und eine abwechslungsreiche Landschaft. Für die Pflege der Buckelwiesen gibt es 800 € pro Hektar wenn sie mit der Sense gemäht werden. Das ist harte Arbeit. Wer wird sie in Zukunft tun? Glücklicherweise sind bei den Schafhaltern auch viele junge Menschen dabei, auch Frauen. Das ist eine gute Entwicklung, aber keiner will Schäfer werden. „Für ein altes Mutterschaf bekomme ich 18 € und der Schlachter macht Hund-

Schafhalter können niemals mit den neuseeländischen Bedingungen erfolgreich konkurrieren. Trotzdem brauchen wir sie dringend. Die Frage ist also, wie viel die Gesellschaft bereit ist dafür zu zahlen, dass sie weiter Schafe halten. Sprich: Wie viel Unterstützung kommt aus dem EU Agrarhaushalt? Hier kommt jedenfalls nicht viel an.

Das alte Lied von billig, billig und dem Märchen des globalen Wettbewerbs, dem sich unsere Bauern stellen müssen, also. In diesem Fall sind die Mittenwalder Schafhalter in der gleichen Situation wie die Rinderhalter in Burkina Faso, denen die Milchexporte der EU ihren Markt kaputt machen, so dass sie ihre Lebensgrundlage verlieren. Nur dass es für die Mittenwalder nicht um die direkte Existenz geht, sondern um den Erhalt von Tradition und Landschaft, die aber dann doch wiederum für die Existenz elementar wichtig sind. Kleinbauern weltweit sitzen im gleichen Boot, nur wissen sie es meist nicht. Für die Wolle gibt es höchstens 20 bis 30 Cent pro Kilo. Kann doch nicht sein, oder? Ist aber so. Das hat Claudia Brandner so geärgert, dass sie ein Vermarktungsprojekt im Rahmen des Labels „Unser Land“ gestartet hat. Unter www.werdenfelserschafwolle.de werden nun nicht nur erfolgreich eigene Produkte verkauft, sondern Schafwollprodukte aus der ganzen Region.



Almabtrieb der Schafe

Foto: Gröhn-Wittern

futter daraus“, sagt Hans Neuner, der auch im Gemeinderat sitzt. „Das mache ich nicht mit. Ich lasse Wurst daraus machen, die ich und meine Familie selber essen. Um halbwegs die Kosten zu decken, müsste eine kleine Salami 7 € kosten, das wollen die meisten nicht bezahlen.“ Vielleicht würden sie es doch, wenn der Zusammenhang zwischen Landschaftspflege, artgerechter Tierhaltung, Arbeitsleistung und Nahrungsmittelpreisen den Verbrauchern klarer wäre.

Bergschafe stehen mit neuseeländischen Schafen im globalen Wettbewerb. Doch wie soll der gehen? Diese

Bei der nach dem Almabtrieb folgenden Schafscheid erhalten die Familien ihre Tiere aus der Herde zurück und präsentieren die schönsten Tiere in der anschließenden Prämierung. Das ist Ansporn und Wertschätzung zugleich. Bei Bier und Musik kommt man zusammen und auch ein paar Touristen kommen dazu. Eine Chance, den Gästen Zusammenhänge zu erklären, die unbedingt genutzt werden muss. Anfang Mai heißt es dann wieder: hinauf in die wunderschöne, aber gefährliche Bergwelt: Almen pflegen.

Ursula Gröhn-Wittern, Mitarbeiterin der Agrar Koordination

unabhängige Bauernstimme: traditionsbewusst statt gewinnmaximiert

11/2013

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnementin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221